Das Image der ethnischen Minderheiten in Berichten des litauischen Staatsschutzes 1934

Klaus Fuchs

Das Staatssicherheitsdepartement (*Valstybės Saugumo Departamentas* oder VSD) der Republik Litauen (RL) ging am 1.6.1933 aus dem 'Bürgerschutzdepartement' mittels Umstrukturierung hervor, war dem Innenministerium direkt unterstellt und umfaßte die Funktionen der 'Sicherheitspolizei' (d.h. politischen Polizei, *saugumo policija* oder *VSP*) und der Kripo im Rahmen einer Organisation mit Hauptquartier in Kaunas. Die Kompetenzenteilung zwischen der politischen und der Kriminalpolizei wird in Paragraph 2 und 3 des VSD Statuts[1] beschrieben.

1934 stellte für das VSD ein bemerkenswertes Jahr dar: Seine interne Struktur wurde in einer neuen Geschäftsordnung festgelegt[2]: den 'ständigen Befehlen'[3]. Im selben Jahr eröffnete das VSD einen höchst wichtigen Hochver-

[1] Als *VSD Statutas* veröffentlicht im Gesetzblatt *Vyriausybės Žinios* Nr. 414.

[2] Das 'Bürgerschutzdepartement' (*Piliečių Apsaugos Departamentas'* – am 1.6.1933 als VSD restrukturiert, s. LCVA 378-12-373, S. 79) erfüllte die Funktionen von Kripo und Staatsschutz. Der letzte Chef dieser Behörde, Dr. Jonas Navakas, wurde am 20.11.1933 (vgl. sein Dankschreiben an die Mitarbeiter – LCVA 377-1-588, S. 15) zum (direkt der litauischen Regierung unterstellten) Gouverneur des autonomen Memelgebiets (*Klaipėdos Krašto Gubernatorius*) berufen und leitete eine in solcher Schärfe noch unbekannte Unterdrückung des Memel-Separatismus ein. 1934 wurde für das VSD (zunächst provisorischer Direktor Augustinas Povilaitis) ein Jahr der Konsolidierung, Straffung, Vernetzung, Formalisierung, kurz – weiteren Professionalisierung der Polizeiarbeit. So wurde am 31.12.34 (Schreiben Nr. 285/VSD des Innenministers Oberst Rusteika – LCVA 378-12-373, S. 124 f.) ein zentrales Straftatenregister (auch politischer) eingeführt. Gesetzesverschärfungen (z. B. Vereinsgesetz, Waffengesetz – 1934, Verbot ausländischer Organisationen, Uniformen und Abzeichen – 29.3.33, Verbot der Mitgliedschaft von Ausländern in politischen Organisationen 12.2.1934 (?) - LCVA 378-12-373, S. 71, 103; LCVA 377-2-157, S. 4 ff., S. 47 ff.) sprechen dafür, dass Navakas' Abrechnung mit dem Memel-Separatismus etwa ein Jahr lang vorbereitet wurde. 1933 war (nach deutscher Darstellung – *statutwidrig* wegen der *Gerichtsautonomie* des Gebiets, s. LCVA 378-12-168, S. 388) auch im Memelgebiet die litauische Gerichtsordnung eingeführt worden. Navakas wurde im Frühjahr 1935 (in Erwartung einer Note der Signatarmächte des Memelstatuts) abberufen und durch Gouverneur Kurkauskas ersetzt.

[3] Quelle: 'Ständige Befehle des VSD Direktors für das Departement', 1934, in: LCVA (Lietuvos Centrinis Valstybės Archyvas – Litauisches Zentrales Staatsarchiv) fondas 378 - apyrašas 3 - byla 3425), d.h. Fundus 378 – Findbuch 3 – Akte 3425. Im folgenden

ratsprozeß (Neumann-Sass-Prozeß) gegen die Anführer der separatistischen national-sozialistischen Parteien SOVOG (Sozialistische Volksgemeinschaft des Memellandes) und CSA (Christliche Sozialistische Arbeitsgemeinschaft) des autonomen Memelgebiets, der zu deren Verbot und ca. 80 Gefängnisstrafen führte. Als wichtigste Grundlage für diesen politischen Prozeß diente das im Feb. 1934 erlassene 'Gesetz zum Schutz von Volk und Staat'[4], das von der schockierten deutschen Mehrheit im Memeler Landtag[5] als Anschlag der Zentralregierung auf die von den Signatarmächten des Memelstatuts (GB, F, I – K.F.) garantierte Autonomie und als weniger gegen das Nazitum als vielmehr gegen das gesamte deutsche Kulturleben gerichtet aufgenommen wurde.
Dargestellt werden soll die Einstellung der politischen Polizei gegenüber den ethnischen Minderheiten in der RL[6], die sich ausdrückt in: 1. Den ständigen

---

wird die Abkürzung LCVA weggelassen, da *alle* benutzten Quellen aus diesem Archiv stammen.

[4] *Tautai Ir Valstybei Saugoti Įstatymas*, s. Anhang. Reaktion vgl. Textbsp. 12.

[5] Ein (im Memelstatut 1924 vorgesehenes Regional-) Parlament existierte in der Republik Litauen nur im Memelgebiet, während die RL von der dem am 17.12.1926 durch einen Staatsstreich zur Macht gelangten Staatspräsidenten Smetona verantwortlichen Regierung Tūbelis regiert wurde (Seimas erst 1937).

[6] Dazu werden hier auch die ethnischen Deutschen und die über Generationen assimilierten 'Memelländer' des ca. 141000 Einwohner zählenden Memelgebiets gerechnet, die lokal eine Mehrheit bildeten. Gemäß der derzeit in Litauen 'politisch korrekten' und in populären Texten oft begegnenden Sichtweise habe die Zusammensetzung der Memelbevölkerung vor 1939 etwa 50% ethnische Deutsche und Memelländer und etwa 50% ethnische Litauer betragen, wobei als ethnisch *deutscher* Bevölkerungsanteil maximal 40% zugestanden werden. Zur *politischen Loyalitaet* lassen sich dagegen ganz klare Aussagen machen: in *allen* Landtagswahlen nach 1925 erreichten die sich zum Deutschtum bekennenden Parteien gemeinsam Stimmenanteile von bis über 80% (1927 – 81,0%; 1930 – 76,8%; 1932 – 80,3%; 1935 – 81,17% - '*Börsenzeitung*' 15.10.35 – 378-12-167, S. 200), und das noch in Zeiten, als die Tätigkeit des VSD und des Militärkommandanten jegliche öffentliche deutsche Agitation ausschloß. Den Memelwahlen wurde daher deutscherseits stets Plebiszitcharakter zugemessen. Die überwiegende Mehrheit der eingesessenen Memelbevölkerung wählte deutsch, litauisch wählten litauische Umsiedler und Beamte der Zentralbehörden (Post, Eisenbahn, Grenzpolizei…). Heikel und ungeliebt ist diese Frage in der litauischen Gesellschaft bis heute, und litauische Schulbücher umgehen sie: letztendlich spielt es eine wesentliche Rolle für das nationale Prestige und die Qualität des Herrschaftsanspruchs über ein Territorium, ob dieser aus dem politischen Willen der (vertriebenen oder umgekommenen) Vorkriegsbevölkerung, einer Annexion (1923), oder aus dem Status als *Erbenstaat des Sowjetimperiums als Siegermacht des II. Weltkriegs* legitimiert (d.h. vom Sieger überlassen) ist. Darum sind demographische Zahlen*spiele* mit der Vorkriegszeit so wichtig in einem Land, in dem in territorialen Fragen gern in der mysthisch-archaisierenden *Tautininkai*-Tradition mit 'baltischer Urbevölkerung' anstatt 'traditioneller staatlich/kultureller

Befehlen des VSD-Direktors, die Struktur und Aufgaben des Departements (Kap. I.) bestimmen, und 2. In einer statistischen Zusammenfassung von Berichten der VSD-Regionaleinheiten (Bezirke oder '*apygardos*', die den administrativen Zentren entsprachen) über Aktivitäten der Minderheiten im Frühjahr 1934 (Kap. II.). Die ständigen Befehle definieren die Interessengebiete und etablieren die Substrukturen für das Sammeln und Verarbeiten der Information - sie legen den Modus Operandi der Behörde offen. Im Rahmen dieses breiteren Kontextes werden für die Minderheiten relevante Punkte kommentiert. Die statistische Übersicht umfaßt 45 Berichte (*biuleteniai*) der VSD-Provinzbezirke Klaipėda, Šiauliai, Panevėžys, Marijampolė und Ukmergė an den VSD-Direktor in Kaunas während der ersten Märzhälfte 1934 (1.3.1934 – 15.3.1934), d.h. bei 2,5 Millionen Einwohnern täglich drei politische Berichte. Auf diese Weise werden für die Minderheiten jeder Region charakteristische Themen (Nachrichten und Stereotypen) ermittelt. Eine thematische Analyse ergibt einen guten Eindruck von den Vorgängen in der Provinz und reflektiert, wonach konkret das VSD suchte. Regelmäßig auftretende Themen können Minderheiten-Stereotypen in der VSD-Sicht aufzeigen. Offensichtlich bilden zwei Wochen im Frühjahr 1934 kaum eine hinreichende Grundlage für eine *abschließende* Bewertung der Methoden und Einstellungen der politischen Polizei während der *Tautininkai*-Herrschaft (Dezember 1926 bis Juni 1940). Berichte wurden täglich produziert - allein für März-April 1934 sind 548 Maschinen-Seiten erhalten, von denen für diese Übersicht 200 ausgewertet wurden. Jedoch hat der Autor über 200 weitere Berichts-Seiten aus den Jahren 1936/37/40 gelesen (ohne sie zu systematisieren) und sieht die hier besprochenen Berichte als repräsentativ an: das VSD weiß, nach welchen Feinden es unter den Minderheiten sucht, und deren Bild unterscheidet sich 1934 nicht wesentlich von dem der Jahre 1936 oder 1940. Feindbegriffe und Feindstereotypen bleiben sich essentiell gleich, was sich ändert ist die Intensität der jeweils 'regimefeindlichen' Aktivität und der Wechsel des Augenmerks entsprechend den Prioritäten der Tagespolitik. Minderheitenaktivitäten und VSD-Prioritäten hängen stark mit dem Stand der außenpolitischen Beziehungen der RL mit ihren großen Nachbarstaaten zusammen[7]. Diese Zusammenhänge und Entwicklungen gehen aber weit über den Rahmen dieses Aufsatzes hinaus.

Die statistische Übersicht (Kap. II.) ist nach VSD-Dienstbezirk, ethnischer Gruppe und Charakter (Thematik) der Information strukturiert. Das III. Kapitel

---

Zugehörigkeit' operiert wird. Es gibt heute *keinen* Nationalfeiertag, der der Kriegs-/Vertreibungsopfer des Memelgebiets gedenkt, die nach litauischer Auffassung zur Hälfte ethnisch litauisch war.

[7] D.h. die Beobachtung der Memeldeutschen mit den deutsch-litauischen Beziehungen, die der Polen mit den polnisch-litauischen Beziehungen (faktisch bis 1938 ein kalter Krieg).

legt eine Auswahl von unveröffentlichten Beispielen zur Minderheitenberichterstattung des VSD vor, die für deren *Image* aussagekräftig sind. Als Anhang wird eine Übersetzung des 'Gesetzes zum Schutz von Volk und Staat' vom Februar 1934 vorgelegt, das die damaligen Möglichkeiten der Staatsmacht illustriert.

I. Die Struktur der VSD-Organisation und ihrer Unterabteilungen

I. a Strukturschema

Entsprechend den ständigen Befehlen des Direktors war das VSD folgendermaßen organisiert: Drei Abteilungen (*bendrasis skyrius* – Allgemeine Abteilung, *žinių skyrius* – Informationsabteilung und *spaudos skyrius* – Presseabteilung) waren als Zentralabteilungen dem Direktor unmittelbar unterstellt. Die 6 Bezirke (*apygardos*) in den Regionalzentren der RL arbeiteten mehr oder minder autonom und waren ebenfalls unmittelbar dem Direktor unterstellt, wahrend die übrigen Abteilungen des Dienstes jeweils dem VSP-Chef bzw. dem Kripo-Chef[8] unterstellt waren. Die Identifikationsabteilung und das Adreßbüro- (für die Hauptstadt Kaunas) waren Teil der Kripo, dienten jedoch auch allen anderen Abteilungen des Departements. Organisatorisch bestand *keine* klare Trennung von politischer und Kriminalpolizei (zumal ja auch die *apygardos* in den Regionen jeweils eine politische und eine Kripoabteilung umfaßten). Vertikale Anordnung im Schema markiert Hierarchie: Befehle, Anordnungen, Rundschreiben etc. von oben nach unten, reguläre Berichte von unten nach oben.

[8] Beide Polizeichefs unterstanden dem VSD-Direktor. Die *viešoji policija* – 'öffentliche Polizei' war territorial unter der Befehlsgewalt der Kreisvorsteher (*apskrities viršininkai*) organisiert. Letztere waren vom Innenminister eingesetzt und diesem unmittelbar verantwortlich – die höchsten Vertreter der zivilen Gewalt in den Kreisen mit sehr weitgehenden Befugnissen (Statthalterfunktion) und faktische Verkörperung der Staatsmacht. Unter dem Kriegsrecht waren der Innenminister (über die Kreisvorsteher) und die lokalen *Militärkommandaten* berechtigt, gegen politische Delinquenten Administrativstrafen bis zur Verbannung in die Provinz 'bis zum Ende des Kriegsrechts' (gemeint: auf unbestimmte Zeit) oder Einweisung in ein Arbeitslager (ab 1937 in Kretinga – 377-3-198/5, S. 3 f.) zu verhängen. Jegliche organisierte legale Versammlung bedurfte der Genehmigung der Kreisvorsteher, die Organisationen auch schließen konnten.

Innenminister (*Vidaus reikalų ministeris*)

Direktor des Staatssicherheitsdepartements (*Valst. saug. dep. direktorius*)

Chefs der Bezirke *(apyg. Viršininkai)*
- Kaunas
- Šiauliai
- Panevėžys

Abteilungsleiter*(skyrių viršininkai)*
-Allgemeine Abt. *(bendrasis skyrius)*
-Informationsabt. *(Žinių skyrius)*
-Presseabteilung *(spaudos skyrius)*

- Marijamolė
- Ukmergė
- Klaipėda

d.h. diese Abt. erfüllen Aufgaben der pol. Polizei

Chef der Staatssicherheitspolizei *(VSP viršininkas)*
-Chef der Agenturabt. *(agentūros sk. Viršininkas)*

Chefs der Unterbezirke *(rajonų v-kai)*

-Chef der Ermittlungsabteilung *(kvotų sk. viršininkas)*
-Chef der Sonderabteilung[9] (*ypatingojo sk. viršininkas*)

Chef der Kriminalpolizei *(krim.policijos viršininkas)*
-Chef der Identifikationsabt. *(identifikacijos sk. v-kas)*

-Leiter des Adreßbüros *(adresų biuro vedėjas)*

d.h. diese Laboratorien und Register wurden von Kripo und VSP gemeinsam genutzt.

Die Dienstbezirke in den größeren Städten bestanden aus je einer VSP- und einer Kripo-Abteilung (378-4-3425, S. 195 f.), während der Dienstbezirk Kaunas (S. 161 f.) lediglich VSP umfaßte. Einige *apygarda*-Kompetenzen wurden in Kaunas von Abteilungen der zentralen VSD-Organisation (Hauptquartier) übernommen, so daß die eigentliche *apygarda* Kaunas über weniger Abteilungen als ein vergleichbarer Provinz-Dienstbezirk verfügte. Kompetenzen und Befugnisse der *apygarda* Klaipėda regelten Urteile/Anweisungen der 'Obersten Tribunals' (*Vyriausias Tribunolas* – S. 195, Rolle eines Verfassungsgerichts). Nach dem Memelstatut war die dortige Kripo den Autonomiebehörden (dem Direktorium) unterstellt und nicht unter der direkten Verfügung des Innenmini-

[9] Sie stellte Beschattungspersonal und die Leibwache Smetonas. Routinemäßig überwacht wurden in Kaunas unter anderem Bahnhof und verschiedene Botschaften, u.a. die deutsche, ab 1938 die provisorische polnische im Hotel *„Lietuva"*. Bewegungen von Diplomaten, Ausländern und von politisch auffälligen Bürgern (z.B. der Memeler Nationalsozialist Dr. Neumann oder die „Kulturverband"-Funktionäre Gebrüder Kossmann) in Kaunas wurden dem VSD-Direktor gemeldet (378-12-208, für Januar-April 1938).

sters, während das Statut eine politische Polizei dort nicht vorsah[10]. Die Allgemeine Abteilung registrierte alle die VSD-Institutionen in Kaunas betreffende Korrespondenz, während die Provinz-*apygardos* eigene Register führten.

I. b Territoriale Unterteilung und Personal

VSD-Personallisten existieren für 1937/1938 (378-12-231, S. 46-60, *undatiert*) und erwähnen die *apygarda* Klaipėda nicht[11]. Sie ergeben einen Personalbestand (VSP und Kripo, *ohne Klaipėda*) von 351 Stellen[12] -eine geringe Dichte, allerdings institutionell ja keineswegs auf sich allein gestellt-, die sich wie folgt verteilen: VSP-Bezirk Kaunas (Rajonas Kėdainiai, Trakai, Jonava und Vilkija) – 24 Mitarbeiter, Adressbüro Kaunas – 12, VSD-Bezirk Šiauliai (VSP u. Kripo) – 50 (VSP-Rajonas Šiauliai-Stadt, Palanga, Kretinga, Gargždai, Tauragė-Naumiestis, Tauragė, Jurbarkas, Raseiniai, Radviliškis, Telšiai, Mažeikiai und den Kripo-Rajons Šiauliai-Stadt, Šiauliai-Kreis, Kretinga, Tauragė, Jurbarkas, Telšiai, Mažeikiai), VSD-Bezirk Marijampolė – 36 (VSP-Rajons Marijampolė-Stadt, Kalvarija, Prienai, Alytus, Seinai, Vilkaviškis, Kybartai, Šakiai und Kudirkos Naumiestis und Kripo-Rajons Marijampolė, Alytus, Vilkaviškis und Šakiai), VSD-Bezirk Panevėžys – 19 (VSP-Rajons Panevėžys, Biržai, Rokiškis, Kupiškis und den Kripo-Rajons Panevėžys, Biržai und Rokiškis), VSD-Bezirk Ukmergė – 18 (offenbar deckungsgleiche VSP- und Kripo-Rajons Ukmergė, Utena, Anykščiai, Molėtai, Zarasai), Kripo-Bezirk Kaunas (Rajons I-VIII) – 35, Identifikationsabteilung – 49, Sonderabteilung – 29, Ermittlungsabteilung – 6, Informationsabteilung – 16, Agenturabteilung – 9, Presseabteilung – 8, Allgemeine Abteilung – 40 Mitarbeiter. Einwohnerzahlen für die VSD-*apygardos*

[10] Schreiben Nr. 980 (14.6.29 – s. 377-5-173, S. 101 f.) des Chefs des V. Kriporajons (Kretinga) an den Kripo-Direktor stellt fest, daß das "Wirken der staatlichen Kriminalpolizei /oder politischen Polizei/ im Memelgebiet *nicht durch die Gesetze gedeckt*" sei, sich aber "als notwendig erwiesen habe" (*noch vor 1926)*. Als "Abteilung B" der Grenzpolizei getarnt, wurde ihr Unterhalt 1926 versehentlich dem Memeldirektorium in Rechnung gestellt. Aufgrund einer *Beschwerde des Direktoriums* nötigte *der Völkerbund* die RL, die politische Polizei im Memelgebiet aufzulösen. 1927 wurde sie als V. Kriporajon wiedergegründet und arbeitete weiterhin ohne Gesetzesgrundlage. Ihr Unterhalt kostete in den Jahren 1926, 1927 und 1928 insgesamt 97914,99 Litas, verbucht als Grenzpolizei.

[11] Wer Berichte schreibt existiert auch. In der *Stadt* Memel lebten am 1.1.1938 38927 und am 1.1.1939 39514 Einwohner (im *Kreis* entsprechend 33336 und 33565 Ew. - 378-12-231, S. 13).

[12] Das territoriale VSP-Netz war dichter als das der Kripo: in Palanga, Gargždai, T.-Naumiestis, Radviliškis, Kalvarija, Kybartai, Kudirkos Naumiestis z.B. gab es nur VSP.(Grenzorte bzw. lokal zahlreiche Deutsche, gegebenenfalls Letten). Bei einschließlich Klaipėda wohl mindestens 400 Mitarbeitern bei 2,5 Mio. Ew. (Mitte der 30er Jahre) käme man auf *6250 Ew. pro VSD-Mitarbeiter*.

liegen erst für den 9.7.1940[13] vor: VSD-Bezirk I. Kaunas (Kreise Kaunas und Kėdainiai) – 344242 Einwohner; II. *Vilnius (neugegründet – Kreise Vilnius, Švenčionėlis, Trakai) – 493170 Einwohner*; III. Šiauliai (Kreise Šiauliai, Kretinga, Mažeikiai, Telšiai, Tauragė, Raseiniai) – 799.599 Einwohner; IV. Panevėžys (Kreise Panevėžys, Biržai, Rokiškis) – 383943 Einwohner; V. Ukmergė (Kreise Ukmergė, Utena, Zarasai) – 330916 Einwohner und VI. Marijampolė (Kreise Marijampolė, Alytus, Seinai, Vilkaviškis, Šakiai) – 482617 Einwohner. Die Gesamteinwohnerzahl der Republik einschließlich des Wilna-Gebiets (ohne das Memelgebiet) beträgt Mitte 1940 *2834447 Einwohner* (am 1.1.39 mit Memel und ohne Wilna – 2575363)[14].

I. c Arbeitsprinzipien des Departements

Eine Analyse der ständigen Befehle ergibt folgende Arbeitsprinzipien:

1) Untergeordnete Einheiten empfangen Befehle, Anweisungen und Rundschreiben des Direktors und der Abteilungsleiter.
2) Ein jeder Chef einer Einheit einschließlich des VSD-Direktors erhält tägliche, monatliche und Sonderberichte (über Organisationen, Ereignisse, statistische Zusammenfassungen etc.) von untergeordneten Einheiten. Information wird zur Entscheidungshilfe für vorgesetzte Stellen konzentriert.
3) Maßnahmen werden lokal getroffen – aufgrund lokaler Initiative oder auf Anweisung von Vorgesetzten und potentiell unter Mitarbeit aller anderen Abteilungen des Polizeidienstes und lokaler administrativer Stellen (Kreisvorsteher, Militärkommandanten[15]). Ereignisse und getroffene Maßnahmen werden Vorgesetzten berichtet; wichtigere Entscheidungen werden von VSD-Vorgesetzten getroffen.
4) Information wird in das VSD-Netzwerk geleitet und dem gesamten Dienst wo immer möglich verfügbar gemacht (mit gewissen Ausnahmen, z.B. der Identität von Agenten). Information über Organisationen und verdächtige Individuen steht zur Verfügung in:
   - dem Zentralregister der Informationsabteilung über politischer Verbrechen verdächtige Personen
   - dem Zentralregister der Informationsabteilung über (legale und illegale) Organisationen

[13] Augenscheinlich fand eine 'Generalinventur' vor der Sowjetisierung des Dienstes statt (378-12-231, S. 5-6). Das Memelgebiet wurde nach Hitlers Ultimatum abgetreten (Einmarsch am 23.3.1939). 378-12-467 (Feb.–Juli 1939) enthält 26 Beschattungsprotokolle betreffs *der Spionage für Deutschland verdächtigen Personen*, darunter 7 Übersiedler aus Memel – die Optanten wurden offenbar 'filtriert'.

[14] 378-12-231, S. 13 (offizielle Statistik in VSD-Korrespondenz zitiert).

[15] Diesen unterstand der paramilitärische 'Schützenbund' *Šaulių Sąjunga* mit ca. 52000 Mitgliedern, der bei Unruhen oder als Hilfspolizei eingesetzt wurde.

- als Duplikat in lokalen Registern, falls die Person/Organisation für die *apygarda* von Interesse ist
- in regelmäßig aktualisierten Listen gesuchter Personen, die das Hauptquartier an die *apygardos* sendet
- in der Ermittlungsabteilung als zentraler Ermittlungsstelle des Departments
- in den fotografischen und daktylographischen Registern der Identifikationsabteilung (die der Kriminalpolizei untersteht).

5) Dokumente und Korrespondenz werden nach Monaten und Jahren zu Akten zusammengefaßt.
6) Kompetenzen sind nach politischen Straftaten und kriminellen Straftaten getrennt, jedoch arbeiten in den Bereichen Identifikation und Ausführung (Verhaftung, Personendurchsuchung, Hausdurchsuchung) VSP und die Kripo zusammen.
7) Der VSD-Direktor macht seine Informationen anderen staatlichen Institutionen (Ministerien, Departements)[16] und administrativen Stellen zugänglich, auch halbstaatlichen und nichtstaatlichen Organisationen (der Nachrichtenagentur ELTA des Außenministeriums, dem Generalsekretär der *Tautininkai*-Partei LTS, dem Chefredakteur der LTS-Parteizeitung *'Lietuvos Aidas'*) nach Gutdünken des VSD-Direktors. Durch gezielte Informationsauswahl gewinnt der VSD-Direktor Einfluß auf die staatliche Politik.

Der Einfluß des VSD beruht auf seiner Fähigkeit, zweckmäßig Information zu sammeln, zu registrieren, sie mitzuteilen und zu nutzen. Das interne System der Registrierung und Verteilung von Information (duplizierte, triplizierte Register, Querverweise etc.) erscheint eindrucksvoll professionell und hätte bei genügend Personal den Dienst zu einer sehr effektiven Organisation machen müssen. Arvydas Anušauskas[17] geht allerdings selbst für die späten 30er Jahre in der RL von maximal 500 hauptberuflichen VSD-Mitarbeitern aus.

[16] Über Mitarbeiter z.B. des Bildungsministeriums, Verteidigungsministeriums und Verwaltungsdepartements leitete das VSD gegebenenfalls ungefragt Bemerkungen zur politischen Gesinnung an Vorgesetzte und forderte zu Maßnahmen auf (z.B. in 377-5-173).

[17] Anušauskas, Arvydas. *Lietuvos slaptosios tarnybos 1918-1940.,* Vilnius 1998 (2. Aufl.), S. 195, 302.
Die politischen VSD-Personencharakteristika aus den 30er Jahren wurden nach dem sowjetischen Einmarsch vom 15.6.1940 zumindest bis in den Herbst 1940 ohne erkennbare Umwertung weiterbenutzt (378-12-130), alte Meldungsformulare weiterverwendet.

Der Smetona-Staat der zweiten Hälfte der 30er Jahre läßt sich als autoritärer Staat[18] mit rechtsstaatlichen Elementen (für den zum völkischen Regime *loyalen* Teil der *ethnisch litauischen* Bevölkerung) auf dem Weg zum Totalitarismus (offizielles Ideal einer völkischen Einheitsideologie und eines Einparteienstaates, Verflechtung von Parteistrukturen mit staatlichen Strukturen, Übergewicht militärischer Ränge in der zivilen Verwaltung) charakterisieren. Die Bemühungen um die Loyalität der ethnischen Litauer erforderten gewisse Rücksichtnahmen, und so konnte gegen einen starken politischen Katholizismus trotz restriktivster Pressegesetzgebung das Regime eine völlige Gleichschaltung der Presse nicht erreichen[19]. Eine vorausschauende Ausforschung und 'Deutung' des Volkswillens gehörten zu den Aufgaben des VSD, das in dieser Form Pressefreiheit und Volksvertretung im politischen System 'ersetzte' und es dem Regime ermöglichte, dank seines Informationsvorsprungs rechtzeitig notwendige, populäre und die Loyalität der Bevölkerung erhaltende Maßnahmen zu treffen und eine politische Vertretung der Bevölkerung zu umgehen. Womöglich litt das VSD tatsächlich an *Personalmangel*: manche *apygardos* berichteten nur alle zwei bis drei Tage, und ein Großteil der Information scheinen Zufallsfunde von lokaler Bedeutung. Gelegentlich wird im Nachhinein von Versammlungen und Aussagen politischen Charakters berichtet, deren Verhinderung Aufgabe der VSP gewesen wäre[20]. Andererseits boten Vereins- und Pressegesetzgebung umfassende Möglichkeiten, Aktivitäten unerwünschter Gruppierungen zu unterbinden - eine Handhabe vorausgesetzt. Letztere galt es durch laufende Beobachtung zu finden.

I. d Die Hauptaufgaben der VSD-Abteilungen und Unterabteilungen werden hier zum Überblick über das Tätigkeitsspektrum des Departements und seine Arbeitsmethoden geschildert und kommentiert. Prinzipiell wird ein Agententennetz (*agentūra*) als die wirksamste Methode zur Identifikation von Verbre-

[18] 'Lebensunfähigkeit' der Demokratie 'erforderte' den Autoritarismus (vgl. VSD-Memorandum *'Politinė Lietuvos Padėtis, Politiniai Kaliniai ir Amnestijos Klausimas'* - 1937, 378-12-231, S. 25 f.)

[19] Nicht daß es zur Gleichschaltung keine Ansätze gegeben hätte. Am 10.11.1934 schlug der Chef der Presseabteilung beim Administrationsdepartement, M. Žilinskas, (nach Aufforderung) dem Innenminister ein Presse- und Informationsdepartement analog der Praxis im Deutschen Reich vor, das u.a. die Presse mittels "Direktiven" im Sinne der völkisch-unitaristischen Ideen des "*Tautos Vadas*" (Führer des Volkes, d.i. Smetona – K.F.) zensieren und steuern sollte (377-2-183, S. 32-36.). In ihrer unfreundlichen Haltung gegenüber Litauens Minderheiten blieb die katholisch-politische Presse oft nur wenig hinter der Smetona-völkischen zurück.

[20] Dazu die Zitate aus 378-3-3426 im III. Kapitel.

chern angesehen (Par.12 [21] der ständigen Befehle, S. 3). Die Anwerbung von Agenten ist daher die Pflicht eines jeden Mitarbeiters. Agenten (bezahlte Informanten) unterschreiben eine Einwilligungserklärung (S. 7) zur Zusammenarbeit mit dem VSD. Politischer Straftaten Verdächtige können mit gewissen Einschränkungen rekrutiert werden.

Die Allgemeine Abteilung (*bendrasis skyrius*) ist verantwortlich für Buchführung, Sekretariat, wirtschaftliche Angelegenheiten, das VSD-Archiv und Museum und den Bereitschaftsdienst im Hauptquartier (Par. 1, S. 10). Sie verwaltet das aus Krediten (*paskolos*) des Innenministeriums finanzierte VSD-Budget (Par. 11, S. 11). Die Provinz-*apygardos* sind ihr finanziell verantwortlich (Par. 11 und 29, S. 11 und 15). Entscheidungen über den Erwerb von 'Wirtschaftsobjekten' trifft die AA in Zusammenarbeit mit der Staatlichen Kontrollbehörde (*Valstybės kontrolė* – Rechnungshof). Die Dokumentation der AA wird nach Monat und Jahr archiviert. Ein Bereitschaftspolizist (Offizier) ist rund um die Uhr im Departement[22] präsent. Die AA ist für verhaftete Personen verantwortlich und koordiniert deren Angelegenheiten mit der Gefängnisverwaltung und der Staatsanwaltschaft (*prokuratūra*) (Par. 163, S. 44).

Die Informationsabteilung (*žinių skyrius*) verarbeitet in geheimer Arbeit Information (Par. 2, S. 54), liefert sie und faßt sie zusammen. Das produzierte Material verbleibt im VSD-Hauptquartier (Par. 7, 8; S. 54) und darf nur mit Genehmigung (des VSD-Direktors, des Abteilungsleiters?) benutzt werden. Die Abteilung erhält ihre Information von (Par. 9, S. 55):

- dem VSD-Direktor und dem VSP-Chef: Agentenberichte über legale und illegale Organisationen und Privatpersonen; die täglichen *apygardos*-Bulletins; deren monatliche Zusammenfassungen; illegale Proklamationen und Literatur; Manuskripte von politischen Straftaten verdächtiger Personen, Daten zur Struktur und Statistik von politischen Aktivitäten und Organisationen, Fotografien von politischer Relevanz.
- dem VSP-Chef: Entscheidungen der VSD-*apygardos*; Berichte der Militärkommandanten und der Kreisvorsteher über administrativ bestrafte politische Aktivitäten, Information über einreisende Ausländer[23] (und aus Polen, der UdSSR und dem Wilna-Gebiet zurückkeh-

[21] Paragraphenzitate aus den ständigen Befehlen des VSD-Direktors beziehen sich auf die unter der entsprechenden Überschrift genannte Einheit. Sie werden mit Seitenzahlen nach 378-3-3425 zitiert.

[22] Obwohl nirgends explizit erwähnt, muß es sich um die Adresse Vytauto pr. 91 in Kaunas handeln.

[23] Nach einer am 1.10.1933 vom Innenministerium (Datenabfrage von den einzelnen Polizeirevieren) durchgeführten Erhebung hielten sich in der RL (*ohne* Memelgebiet) 6480 sogenannte Ausländer auf, darunter 4057 Staatenlose – ganz überwiegend einge-

rende Bürger der RL); das tägliche Berichtsbuch der VSP-*apygarda* Kaunas; das Pressetagebuch (*spaudos dienynas*) der Presseabteilung; die Berichte der Ermittlungsabteilung (*kvotų skyrius*) über von der VSP verhaftete Personen.

- der Allgemeinen Abteilung: Korrespondenz / Anfragen um Information; Information über aus der 'öffentlichen Polizei' ausgeschiedenes Personal; Befehle des VSD-Direktors; Rundschreiben und Instruktionen des Innenministers; von den *apygardos* eingesandte Fotografien von politischer Straftaten verdächtigen Personen, von Verhafteten, Gesuchten; deren Fingerabdrücke; Duplikate der Registerkarten einer jeden *apygarda*.

Informationen wurden regelmäßig mit Behörden der Zivil- und der Militärverwaltung ausgetauscht. Politische Straftaten wurden sehr ernst genommen und mit den zeitgenössisch modernsten Verfahren bearbeitet. Zusätzlich erhält die Informationsabt. Informationen von:

- der Ermittlungsabteilung: Duplikate von Entscheidungen (wahrscheinlich Verhaftungen betreffend).
- dem persönlichen Sekretär des VSD-Direktors: hochgeheime Schriftstücke (*visai slapti raštai*).
- dem Fotografen des Departements: Fotografien und Fingerabdruck-Formeln von politischen Straftätern und Verdächtigen.
- dem diensthabenden Bereitschaftsoffizier: telefonische Anfragen nach Information (*telefonogramai*).

Die Arbeit der Informationsabteilung ist somit durch Sammlung, Systematisierung, Vernetzung gewonnener Information charakterisiert. Als Entscheidungsgrundlage für den VSD-Direktor werden Zusammenfassungen erstellt. Die Abteilung erstellt monatliche Übersichten (*apžvalga*) (Par. 15, S. 56 f.), informative Sonderberichte über ausgewählte Organisationen (auf Bestellung des Direktors – Par. 16), statistische Zusammenfassungen, Strukturschemata etc. (Par. 17). Die Daten werden nach Zeit (täglich, monatlich), Ziel (Organisation oder Gruppe) strukturiert oder als statistische Sonderberichte oder Sonderberichte zur internen Struktur einer Organisation vorgelegt. Die Berichte werden an den VSD-Direktor und von ihm bezeichnete Institutionen und Personen versandt. Auf Entscheidung des Direktors können Organisationen, private Institutionen und Privatpersonen ebenfalls VSD-Daten erhalten (Par. 18, 19; S. 56). Während das Departement staatlichen Institutionen zur Auskunft ver-

---

sessene polnische Bevölkerung ohne Paß, die sich östlich von Kaunas in der Nähe der sogenannten Administrationslinie konzentrierte. Unter den 2423 tatsächlichen Ausländern waren 593 (24,4%) deutsche Staatsangehörige. In Kaunas-Stadt hielten sich einschließlich der Staatenlosen 1595 Ausländer, darunter 195 Reichsdeutsche auf (377-5-272).

pflichtet ist, kann der Direktor auch anderen Einrichtungen Information (freiwillig) zur Verfügung stellen (z.B. der offiziösen Presse). Staatliche Institutionen können auf Entscheidung des VSD-Direktors oder VSP-Chefs ohne Anforderung über Organisationen, Personen, Staatsbedienstete informiert werden. Neben einer Überwachungsfunktion betreffs des Öffentlichen Dienstes hat der VSD-Direktor damit die Möglichkeit, auf die (u. a. Personal-)Politik staatlicher Stellen Einfluß zu nehmen. Die Informationsabteilung verfügt über ein Zentralregister, in dem *alle* Personen, über die die Abteilung Informationen hat, mit Foto und Fingerabdruck-Formel aufgeführt sind (Par. 36, S. 58 f.), sowie über Duplikate der Register der Provinz-*apygardos*. Eine Akte über eine Person wird angelegt, sobald diese dreimal in Berichten erwähnt wird und enthält Foto, Fingerabdruck-Formel und Duplikate aller über sie verfügbaren Informationen. Die Provinz-*apygardos* senden der Informationsabteilung ihren *täglichen* Nachrichtenbulletin sowie eine monatliche Übersicht. Information wird aktiv über *Ausländer* in der RL und über aus Polen, dem Wilna-Gebiet oder der UdSSR zurückkehrende litauische Staatsbürger gesammelt (wozu die territorial zuständige *apygarda* und die Agenturabteilung informiert werden – Par. 69, S. 64). Namenslisten von Mitgliedern der legalen und der illegalen Opposition werden laufend aktualisiert (Par. 70; S. 64).

Berichte aus den *apygardos* zeigen, daß Kontakte von Staatsbediensteten mit Minoritätenorganisationen für das VSD einen Gegenstand regulären Interesses darstellten. Information betreffs politischer Unzuverlässigkeit wurde an die vorgesetzte Dienststelle des Betreffenden weitergeleitet[24]. Die Verwendung der VSD-Daten für die Personalpolitik öffentlicher Arbeitgeber ist eine der interessantesten im Zusammenhang mit den Berichten zu beantwortenden Fragen: *es wurde mit Verwendungsabsicht systematisch gesucht, doch bleibt offen, in welchem Umfang*. Kriterium für das VSD-Interesse war nicht notwendigerweise die politische Straftat, sondern die *öffentlich sichtbare ethnische Gesinnung* (Mitgliedschaft in einer kulturellen oder politischen Minderheitenorganisation, Abonnement/Lektüre von Minderheitenpresse, Gebrauch einer Minderheitensprache in der Öffentlichkeit oder selbst im familiären Kreis, Einschulung der Kinder in einer Minderheitenschule[25] oder Allgemeinverhalten - *ist*

[24] 377-5-173 (z.B. S. 52-54) enthält einige Fälle aus dem Kreis Rokiškis, in denen der VSD-Direktor das Departement für Grundschulbildung (*Pradžios Mokslo Departamentas*) aufforderte, Lehrer mit "linken Anschauungen" und "regierungsfeindlicher Gesinnung" *in die tiefere Provinz zu versetzen*.

[25] Nur Väter mit dem Vermerk *nichtlitauischer* Volkszugehörigkeit im Paß (*tautybė)* durften ihre Kinder in Minderheitenschulen schicken. Wer als Paßvermerk *lietuvis* hatte, mußte seine Kinder in einer litauischen Schule einschulen - vgl. die massiven Klagen der litauischen *Polen* in der polnischen Presse 1936 (378-12-180, S. 2 ff.), wo auch von *Manipulationen beim Eintrag der Volkszugehörigkeit im Paß* (Absprechen des Volk-

überzeugter Deutscher/Pole etc.; in der Familie wird ausschließlich deutsch/polnisch gesprochen etc.; die Kinder besuchen die polnische Schule etc. - Diese Kriterien wurden auf die Sippe ausgedehnt (*in der Öffentlichkeit tritt sie als Deutsche auf, aber auf der Arbeitsstelle hält sie sich mit dem Deutschtum zurück; Ihr Vater... ist als Deutscher in der Umgebung bekannt und spricht zu Hause nur Deutsch)* (– 378-3-3426, S. 413 f.). Die 'Sprachverweigerung' in der Familie gilt als Anzeichen verdächtig-abweichender Gesinnung, an das sich gegebenenfalls weitere Systemverweigerungen öffentlichen Charakters (Schule, Vereine) bis zum "Vollbild" des ethnischen Oppositionellen anlagern. Ein Bekenntnis zum Litauertum (durch Sprach- u. Kulturassimilation nachzuweisen) verstand der Smetona-Nationalstaat als erste Bürgerpflicht. Der aktiv-illoyale Akt bestand schon im *bewußten* Ausdruck andersartiger ethnischer Identität (fehlender Assimilationswille). Es ging nicht nur um Leitkultur, sondern um Monokultur.

Die Presseabteilung (*spaudos skyrius*) (Par. 1 unter entsprechender Überschrift in den ständigen Befehlen; S. 67) erstellt für das VSD alle dienstlichen Übersetzungen, sieht ausländische und litauische Druckerzeugnisse durch, zensiert importierte Grammophonplatten und Druckmatrizen, überwacht die ausländische (die RL betreffende) Radiopropaganda[26], informiert (wo notwendig) die eigenen Bürger und fängt verdächtige Korrespondenz ab. Sie erstellt den täglichen Bulletin für den VSD-Direktor (Par. 7; S. 67 f.) und informiert Staatsorgane und (Privat?-)Personen auf dessen Wunsch über den Inhalt der Tagespresse: staatsfeindliche oder regierungsfeindliche Aktivitäten, 'dem gegenwärtigen Regime in Litauen schädliche Aktivitäten', über die Stimmung in der Öffentlichkeit und allgemein die laufenden Themen in der litauischen Presse. Von besonderem Interesse (Par. 10; S. 67 f.) waren lokale politische Gruppen oder die Aktivitäten von *durch eine fremde Macht inspirierten Organisationen* charakterisierende Artikel, z.B. NS, Kommunisten, Anarchisten. Exzerpte wurden dann angefertigt, um Erkenntnisse über die Stärke / die Schwächen dieser Organisationen und über die Richtungen / die Taktik ihrer Aktivitäten im Ausland zu gewinnen. Artikel bezüglich der Außenpolitik und der Beziehungen der RL zu einflußreichen Nachbarstaaten werden ebenfalls ausgewertet. Um die Erkenntnisse verfügbar zu machen, erstellt die Presseabteilung (Par. 14; S. 69) ein 'Pressetagebuch' (*spaudos dienynas*) und halbjährli-

---

stums) die Rede ist. *Wer seine Kinder in eine polnische Schule schickt, sei vom öffentlichen Dienst und der Arbeit in halbstaatlichen Einrichtungen – Banken, Kooperativen, Gemeindeverwaltungen – ausgeschlossen, der Richter- und der Rechtsanwaltsberuf verbaut.* Mit Hetze gegen 'Fremdvölkische' (*kitataučiai*) tat sich das Blatt *Tėvų Žemė* hervor (z.B. Nr. 16, 17.8.38 –378-12-215, S. 25 b), gegen Juden – *Verslas* (Organ des Verbandes der litauischen Geschäftsleute) (S. 36).

[26] Konkret: den ostpreußischen 'Heimatdienst' und Radio Wilno.

che Zusammenfassungen. Das 'Pressetagebuch' wird unter Prioritäten erstellt, die den Interessenkreis des VSD illustrieren (Par. 15; S. 69-71):
Internes Leben des Staates (*vidaus gyvenimas*): 1) Außenpolitik der Opposition, 2) Wirtschafts-, Sozial- und Kulturpolitik der Opposition, 3) von den Oppositionsparteien angewandte Taktiken, 4) Beziehungen zwischen Kirche und Staat, 5) Vorschläge zu Reformen, Plänen etc., 6) allgemeiner Überblick über das politische, ökonomische und kulturelle Leben in Litauen, 7) die Aktivitäten der ethnischen Minderheiten in Litauen.
Angelegenheiten der Region Klaipėda (d.h. Memelgebiet – *Klaipėdos krašto reikalai*): 1) die Aktion (*akcija*) der Nationalsozialisten, 2) die nationale (*tautinė)*, kulturelle und ökonomische Aktion der lokalen Deutschen, 3) Richtungskämpfe (*srovinė kova*) unter den Deutschen, 4) Beziehungen der lokalen Deutschen zu Großlitauen, 5) Beziehungen der lokalen Deutschen zu Zentralinstitutionen (*centro organai*), 6) Die Fraktionen (*srovės*) der Klaipėda-Litauer und ihre nationale, kulturelle und politische Aktion, 7) die Beziehungen der Zentralverwaltung zu den autonomen lokalen Behörden (d.h. dem Memeldirektorium – K.F.) und der Bevölkerung, 8) wirtschaftliche Angelegenheiten der Region.
Deutschland: 1) Deutschlands Ostpolitik und deutsch-litauische Beziehungen, 2) die deutsche Politik betreffs der Klaipėda-Region (Memelgebiet), 3) deutsche Innen- und Minderheitenpolitik (Litauer in Preußen betreffend), 4) Deutschlands Beziehungen zu anderen Staaten (besonders Polen, UdSSR und Frankreich).
'Besetztes Litauen'[27]: 1) die nationale und kulturelle Aktion (*akcija*) der lokalen Litauer, 2) der politische Richtungskampf unter den lokalen Litauern, 3) polnische Repressionen (d.h. lokaler staatlicher Einrichtungen) gegen Litauer, 4) lokale polnisch-litauische Beziehungen, 5) Verhältnis der polnischen Verwaltung zu anderen Minderheiten (Weißrussen, Juden), 6) Aktivitäten litauischer Emigranten, 7) allgemeine Wirtschaftssituation des Wilna-Gebiets und die wirtschaftlichen Angelegenheiten der Litauer, 8) die 'Administrationslinie' (faktische Staatsgrenze – K.F.) betreffende Angelegenheiten, 9) lokale polnische Radio- und Pressepropaganda gegen Litauen.
Polen: 1) Polens Politik gegenüber Litauen, 2) Polens Politik betreffs des 'besetzten Litauen', 3) polnische Propaganda gegen Litauen, 4) Polens Innenpolitik und Minderheitenpolitik (gegenüber Weißrussen, Juden, Ukrainern und Deutschen), 5) Polens Beziehungen zu anderen Staaten (insbesondere UdSSR, Deutschland, Lettland, Estland, der 'Kleinen Entente' und Frankreich).
Baltische Staaten: 1) Lettlands und Estlands Beziehungen zu Litauen, 2) Beziehungen zu Polen, Deutschland und UdSSR, 3) eine balto-skandinavische

[27] Zeitgenössische offizielle Schreibweise für Wilna-Gebiet im Behördengebrauch.

Allianz oder (Staaten-)Union betreffende Fragen, 4) Lettlands Innenpolitik, 5) Lettlands und Estlands Minderheitenpolitik (insbesondere die Deutschen betreffend), 6) Angelegenheiten der litauischen Minderheit in Lettland.
Sowjetrußland und die Aktivitäten der Komintern: 1) Innenpolitik der UdSSR, 2) die Beziehungen der UdSSR zu Deutschland und Polen, 3) Beziehungen der UdSSR zur RL und den übrigen baltischen Staaten, 4) Politik und Taktik der Komintern.
Illegale Literatur und Chronik: 1) verschiedene Ereignisse von minderer Bedeutung, von denen die Regierung Kenntnis haben sollte, 2) Ereignisse, von denen die Verwaltungs- und Sicherheitsorgane Kenntnis haben sollten, 3) Überprüfung von Ereignissen, über die die Presse berichtete, 4) Führen einer Liste von auf administrativem Wege bestraften Zeitungen (d.h. in der Regel Entmutigung verantwortlicher Redakteure durch massive Geldstrafen und/oder zeitweilige Einstellung des Blattes – K.F.) und Vorschläge für (wegen Verletzung der Presserichtlinien) zu bestrafende Zeitungen[28].

Zu den hier hervortretenden politisch-territorialen Interessenschwerpunkten scheinen einige Bemerkungen angebracht. Die RL sucht Orientierung über die 'das Wetter bestimmenden' Machtkonstellationen unter den umgebenden Staaten zu gewinnen, gefährlichen Entwicklungen zuvorzukommen, Differenzen der Groß- und Mittelmächte für eigene Zwecke auszunutzen. War ein Dialog mit Polen aufgrund der (für Litauen) offenen Wilna-Frage und der Furcht vor polnischer kultureller Dominanz Anathema, so komplizierte dies Litauens Lage ungemein: angesichts zweier ungelöster Territorialkonflikte (Wilna und Memel - integrale Bestandteile der *Tautininkai*-völkischen Staatsideologie, einer Sammlung der (einst) '*ethnographisch litauischen Gebiete*'[29]) und mangels realer gemeinsamer (kultureller und außenpolitischer) Interessen entbehrte Litauens Wunsch nach einem neutralen baltischen / balto-skandinavischen Staatenbund jeder Grundlage und kam über Sympathiebeteuerungen[30] nie hinaus. Der Illusion verfallen, man könne mittels dieser 'ideologischen Grund-

[28] Das Presserecht ermöglichte der Presseabteilung des Administrationsdepartements (?), den Zeitungen (unter Androhung von Geldbussen) anstelle der herauszensierten Texte fremde Texte aufzuzwingen, *die nicht als redaktionsfremd gekennzeichnet werden durften*. Nach den '*Ypatingi valstybės apsaugos įstatai'* ('Sonderstatuten zum Schutz des Staates' – Vorläufer des '*Tautai ir valstybei saugoti įstatymas'*) unterlag die Presse seit dem 1.4.33 einer *Militärzensur* (378-12-373, S. 72).
[29] 'Ethnographisch-litauische Gebiete' wurde als *Tautininkai*-Schlagwort von Ostpreußen bis nach Weißrußland angewandt. Europäische Presseberichte zum Memelkonflikt und zu außenpolitischen Intrigen in Mittel-Osteuropa 1935 z.B. in 378-12-167/168/649, für 1938: -211 und -215 (*'spaudos dienynai'*).
[30] z.B. Interview des lettischen Vizeaußenministers Munters in *'Deutsche Allgemeine Zeitung'* am 21.7.35 (378-12-168, S. 393). Die estnische Presse drückt sich noch klarer aus (S. 351).

konstante' die 'politische Großwetterlage' steuern, suchte man den deutsch-sowjetischen Gegensatz zur Absicherung der eigenen territorialen Ambitionen zu instrumentalisieren. Die Auswahl an realen Bundesgenossen war ja äußerst beschränkt: Frankreich blieb wegen seiner Polen-Sympathien ein kaum hilfreiches Druckmittel gegenüber dem Reich, Großbritannien war diese Weltgegend keinen Interessenkonflikt mit Hitler wert (der ohne Revision der Memelfrage kein Friedens-Bündnissystem in Osteuropa unterschreiben wollte). Nur Stalin war (offenbar an einer 'aufreibenden Beschäftigung' beider Mächte interessiert[31]) bereit, ein Auftrumpfen gegenüber dem Reich (Konfliktpolitik in Memel) *und* Polen (Anspruch auf Wilna) zu decken. Auf der internationalen Genfer Bühne gründeten Litauens Politiker ihre Außenpolitik auf die Unschuldsrolle vor dem Völkerbund – faktisch aber, als die 'moralische Karte' nicht mehr zog, allein auf die sowjetische Rückendeckung[32]. Selbst von einer demokratisch gewählten litauischen Regierung (bis Ende 1926) war die international garantierte Memelautonomie, die die Rechte der deutschen Bevölkerung gewährleisten sollte, als *Übergangszustand* angesehen worden. Für die *Tautininkai* kam ein Kompromiß schon gar nicht in Frage, da ihr Staatsverständnis nur den einheitlich litauischen Nationalstaat und keineswegs (z.B.) eine Föderation auf ethno-territorialer Grundlage zuließ. Ein litauisches Stimmen-Übergewicht im Memelgebiet, um auf dem Wege der Wahlen Landtag und Direktorium in die Hand zu bekommen und das Gebiet faktisch der Zentralregierung zu unterstellen, sollte durch Manipulationen (Blockade des Landtags, Bevölkerungsaustausch, Ausbürgerungen, Wahlrechtsentzug…)[33] hergestellt werden – was aber nie gelang und wohl am Einfluß der Memeler Kaufleute (und gewiß an versteckten Subventionen aus dem Reich[34] und teils aufgenötigter deutsch-völki-

[31] Stalin konnte nicht an einem deutschen Aufmarschgebiet östlich der Memel gelegen sein.

[32] z.B. verhinderte der sowjetische Gesandte in Paris im Juli 1935 eine Protestnote der Signatarmächte gegen die litauische Memelpolitik. *'Der Bund'* aus Bern macht am 2.8.35 den sowjetischen Einfluß auf die RL für den Dauerkonflikt in der Region verantwortlich (378-12-168, S. 360 f.). Ferner fordert das Blatt internationale Aufsicht über die Memelwahlen zum Schutz vor litauischer Manipulation. Zu *Stalins Popularität* in der RL z.B. 378-12-211 (*'spaudos dienynas'* – S. 32 f.).

[33] Die litauischen Manipulationen im Umfeld der Memelwahlen (29.9.35) werden in der damaligen europäischen Presse drastisch illustriert (z.B. 378-12-168 – *'spaudos dienynas'*). In bewußter Verharmlosung der damaligen Lage wird die Memelautonomie in der heutigen litauischen Presse gelegentlich als Modell für einen möglichen Anschluß des Kaliningrader Gebiets an die RL dargestellt (Artikel von Vaidotas Zaleckis in '*Klaipėda*' am 3.2.2003).

[34] Beispielsweise berichtete die polnische *'Czas'* am 8.8.38 (Nr. 185), die deutsche Reederei Lindenau &Co habe in einer Memeler Werft zwei große Passagierschiffe bestellt, um den in volksdeutschem Besitz befindlichen dortigen Schiffbau vor dem

scher Solidarität) und völlig anderer kultureller Orientierung scheiterte. Eine derartige, *den politischen Willen der lokalen Bevölkerung und die Einwände der Autonomiegaranten ignorierende Konfliktpolitik* bedurfte des Wohlwollens der UdSSR, während paradoxerweise im Innern Litauens die KP als gefährlichster Gegner der *Tautininkai*-Ordnung mit allen Mitteln bekämpft wurde. Die Aktivitäten ethnischer Minderheiten werden als politisch und als mit der Politik der Nachbarstaaten zusammenhängend empfunden. In Memel waren für das VSD praktisch alle Informationen über die Deutschen als eine vermutete koordinierte nationale, kulturelle und ökonomische, gegen den litauischen Einfluß gerichtete 'Aktion', als *feindlicher Komplex* von Interesse. Anders als mit der *Annahme einer überwiegend feindselig eingestellten lokalen Bevölkerungsmehrheit* ist das enorm hohe und *wenig strukturierte* VSD-Interesse an Memel nicht zu erklären. Im Grunde wird die *Tautininkai*-Sicht einer Einheit von Nation und Staatsambition auf die Minderheiten zurückprojiziert, und diese Ambition muß (konsequenterweise) im Widerspruch zur litauischen stehen: die Loyalität zur Ethnie ist nicht rational begründet und läßt sich nicht durch ein rationales Staatskonstrukt ersetzen, sie kann allenfalls durch (wirtschaftliche) Anreize befördert oder ihr Ausdruck durch administrativ-polizeiliche Maßnahmen unterdrückt werden[35]. Die autonomen Einrichtungen des Memelgebiets wurden korrekt als der Ausdruck des politischen Willens der lokalen deutschen Bevölkerungsmehrheit verstanden und waren als solche zu beobachten. Die wirtschaftliche Lage des Gebiets war vor allem hinsichtlich eines in seiner Loyalität noch unentschiedenen Bevölkerungsteils in einer Region von Bedeutung, deren Landwirtschaft auf Lebensmittelexport und gute Beziehungen zum Reich angewiesen war. Der Erfolg und die Popularität der Zentralregierung wurden an diesen Beziehungen gemessen, so daß *sowohl lokaler wirtschaftlicher Erfolg als auch eine wirtschaftliche Krise* einer Dominanz der memeldeutschen politischen Elite zuarbeiteten - beide Szenarien lieferten Argumente für die Autonomie. Für eine effektive Strukturpolitik oder massive Wirtschaftssubventionen zum 'Kauf' der Loyalität des Memelgebiets fehlten der RL die Mittel, ganz abgesehen von der dem Gebiet permanent unterstellten 'Undankbarkeit'. Die Ideologie einer litauischen 'nationalen Mission und Kulturierung' war jedenfalls nur für eine Minderheit der Einwohner attraktiv.

Information zu inter-ethnischen Beziehungen sammelte man über Polen jenseits der 'Administrationslinie' zu Dokumentations- und Propagandazwec??ken und zur Rechtfertigung von Repressionen im eigenen Land: in den litauisch-polnischen Beziehungen kam den Minderheiten angesichts fehlender diplomatischer Möglichkeiten (und bis 1938 als Diplomatie-Ersatz) die Rolle

---

Bankrott zu retten (378-12-215, S. 14). Wieviel und über welche Kanäle Geld aus dem Reich nach Memel floß ist eine sehr untersuchungswürdige Frage.

[35] d.h. Nationalismus als politischer Ausdruck einer Identität ist nicht 'reformfähig'.

von *Geiseln* zu, die die ordentliche Behandlung der 'Landsleute' im anderen Land gewährleisten sollten: je nach Sichtweise wurden sie als Märtyrer oder als fünfte Kolonnen instrumentalisiert. Um kulturellen und politischen Ansprüchen sowohl der Polen als auch der Deutschen den Boden zu entziehen, wurde ihnen von den *Tautininkai,* wo immer möglich, *ihr Volkstum abgesprochen*, sie *zu quasi-entfremdeten Litauern erklärt*, gegenüber denen der Staat eine Pflicht zur Re-Assimilation geltend machte. Eine Assimilation der Juden hingegen war nicht erwünscht, und Russischsprachige traten politisch nicht in Erscheinung.
Folgende Institutionen/Personen erhielten den täglichen Bulletin der Presseabteilung (Par. 16; S.72). Unterschrieben vom VSD-Direktor: 1) der Präsident der Republik, 2) der Ministerpräsident, 3) der Vorsitzende des Rechnungshofes (*valstybės kontrolierius*), 4) der Justizminister, 5) der Außenminister, 6) der Verkehrsminister, 7) der Erziehungsminister, 8) der Verteidigungsminister, 9) der Innenminister, 10) der Generalsekretär des Innenministers, 11) der Landwirtschaftsminister, 12) der Gouverneur des Memelgebiets. Von diesen sind 7), 9), 10) und 12) von Interesse, deren Kompetenzen die Minderheitenangelegenheiten direkt berühren. Der Memelgouverneur erhält geheime Informationen über die legitimen Repräsentativ- und Verwaltungskörperschaften in seiner Region, deren Vorgesetzter er nicht ist und mit denen er zusammenarbeiten soll. Unterschrieben vom Chef der Presseabteilung: 1) der Direktor des 'Bürgerschutzdepartements', 2) der Militärkommandant von Stadt und Kreis Kaunas, 3) der Generalsekretär der *Tautininkai*-Union, 4) der ELTA[36]-Direktor, 5) der Redakteur von *'Lietuvos Aidas'*, 6) der Pressereferent des Außenministeriums, 7) der VSP-Chef, 8) der Kripo-Chef, 9) der Chef der VSD-*apygarda* Klaipėda, 10) der Chef der Agenturabteilung, 11) der persönliche Sekretär des VSD-Direktors, 12) der Chef der Nachrichtenabteilung. Bemerkenswert ist hier der Informationsaustausch zwischen einem Geheimdienst und halboffiziellen Stellen und *Tautininkai*-Parteiorganen und –Medien. *Politische Zensur* ist eine weitere Aufgabe der Presseabteilung: Es werden prinzipiell alle Druckerzeugnisse und Grammophonplatten aus dem Ausland zensiert (Par. 20; S. 73)[37]. Nicht ins Land gelassen werden (Par. 27, 28; S. 73 f.): 1) Druckschriften, die kommunistische, revolutionäre oder anarchistische Ideologie enthalten, 2) Druckerzeugnisse aus Polen und der UdSSR, 3) ausländische Propaganda, 4) 'Inhalte, die sich gegen Litauens Rechte im Klaipėda-Gebiet richten', 5) Pornographie oder sittliche oder religiöse Gefühle verletzendes Material, 6) Material, das Bürger der RL zur Emigration verleiten soll, 7) anderes Material auf Entscheidung des VSD-Direktors hin und (Par. 28) generell alles, was sich gegen die Errichtung eines unabhängigen Staates Litauen richtet. Eine weitere

[36] Nachrichtenagentur des Außenministeriums.
[37] Mit Ausnahme der vom Präsidenten der Republik, Regierungsmitgliedern oder ausländischen Botschaften und Konsulaten bestellten.

Aufgabe der Presseabteilung bestand im Abfangen[38] verdächtiger Korrespondenz (Par. 60; S. 80), wozu keine gerichtliche oder administrative Sanktion als notwendig erwähnt wird.

Die **Ermittlungsabteilung** (*kvotų skyrius*) (Par. 1; S. 81 f.) führt Ermittlungen zur Vorbereitung von Gerichtsverfahren, die die Sicherheit der Nation und des Staates betreffen. Ebenso werden Ermittlungen für Administra-tivverfahren geführt, die (außergerichtlich) zu Administrativstrafen durch den jeweiligen Kreisvorsteher führen. Ferner wird Detektivarbeit geleistet.

Die Aufgaben der **Agenturabteilung** (*agentūros skyrius*) (S. 81 f.) sind wie die der Ermittlungsabteilung in Par. 2 des VSD-Statuts definiert und umfassen: Überwachung innerhalb der Staatsgrenzen von staatsfeindlichen, politischen und anderen Aktivitäten von illegalen und legalen politischen Organisationen, Gruppen und Personen, die die Sicherheit des Staates und den öffentlichen Frieden gefährden. Der Chef der Agenturabteilung ist Vorgesetzter folgender Abteilungen (Par. 3, S. 89): 1) Unterabteilung für Militär, 2) kommunistische Organisationen, 3) rechtsgerichtete Organisationen, 4) Abteilung für Polen, Spione und politische Emigranten, 5) linksgerichtete Organisationen, 6) völkische (*'Tautiškosios'*) Organisationen[39], 7) Minderheiten, 8) Sekretär der Agenturabteilung. *Die Minderheiten als Teil des gesellschaftlich-politischen Lebens erfuhren somit systematische Aufmerksamkeit*.

Der Chef der Agenturabteilung führt und überprüft seine Untergebenen und wirbt Agenten für den Dienst. Seine Pflicht ist die Entdeckung strafbarer staatsfeindlicher Aktivitäten (Par. 5, S. 89). Er sammelt Information über die politische Situation und verfügt über Agenten in den Zentralen *aller* (!) staatsfeindlichen und legalen Organisationen, um staatsfeindliche Akte zu verhüten und um auskunftsfähig zu sein (Par. 5; S. 89). Die Aktivitäten der Polen[40] (Unterabteilung 4) werden mit einer militärischen Bedrohung in Verbindung gebracht. *Präventive Beobachtung der Minderheiten drückt sich deutlich in Par. 18 (S. 91) aus: Der Agenturleiter-Leiter der Minderheiten-Unterabteilung rekrutiert,*

[38] Die Korrespondenz des 'Kulturverband'-Sekretariats in Kaunas brauchte nicht abgefangen zu werden. Mindestens ab etwa 1936 gab es dort einen VSD-Informanten, der über interne Vorgänge und vor allem detailliert über die Finanzierung des 'KV' durch die deutsche Botschaft berichtete.

[39] Darunter wurden Organisationen mit regimetreuer Orientierung (z.B. *'Šaulių Sąjunga'*) oder direkt *Tautininkai*-Suborganisationen (*'Jaunoji Lietuva'*) verstanden.

[40] Ohne einen der Memelautonomie vergleichbaren Schutz ihrer politischen Rechte konnte die polnische Minderheit politische Ambitionen lediglich illegal unter dem Schirm von Kulturorganisationen (z.B. *'Pochodnia'*) verfolgen, von denen der Staat keine als politische Interessenvertretung anerkannte und zu deren Kontrolle beim Innenministerium die 'Presse- und Vereinsabteilung' existierte, die die Vereinsstatuten genehmigen mußte und ihre Einhaltung überprüfte.

führt und verbessert seine Agentur in allen ethnischen Minderheiten'. Ethnische Minderheiten als Kategorie gelten als gegenüber der RL potentiell illoyal. Der Dienst sucht Informanten, aber keine Provokateure zu rekrutieren (Par. 30; S. 92). Die Informanten müssen die Herkunft und die Qualität ihres Materials kommentieren (Par. 30), das die Grundlage für die monatliche Übersicht eines jeden der sieben Unterabteilungsleiter bildet (Par. 52; S. 94).

Aufgabe der **Identifikationsabteilung** (*identifikacijos skyrius*) ist die 'Identifikation von Tätern auf der Grundlage von am Tatort zurückgelassenen Spuren und das Konzentrieren von Informationen über Kriminelle und über Verbrechen' (Par. 1; S. 122). Diese Abteilung umfaßt Registratur, Laboratorien und die Statistik-Unterabteilung und dient der gesamten VSD-Organisation.

Das **Adreßbüro- Stadt Kaunas** (*Kauno miesto adresų biuras*) führt die Adressen aller in Kaunas registrierten Einwohner (Par. 1; S. 147). Es untersteht direkt dem Kripo-Chef und teilt staatlichen Institutionen und Privatpersonen die Adressen von Bürgern mit (Par. 2).

Der persönliche Sekretär des VSD-Direktors (*asmeninis sekretorius*) ist für die Verteilung des für die 'Beobachtung von Straftätern' (Par. 2; S. 148) erhaltenen Geldes verantwortlich[41]. In seiner Verantwortung liegt ebenfalls die geheime und andere (gewöhnliche?) Korrespondenz des Direktors. Der Sekretär legt über die Verwendung des genannten Geldes gegenüber dem Rechnungshof (*Valstybės kontrolė*) Rechenschaft ab. Nach der Rechnungsprüfung wird gemeinsam ein Akt geschrieben und die Finanzdokumente unter Anwesenheit von Vertretern des Rechnungshofes vernichtet (Par. 2; S. 154); d.h. die Finanzen für die Agentur waren Staatsgeheimnis.

Der VSD-Rechtskonsultant (*juriskonsultas*) untersteht (Par. 1) direkt dem Direktor und tritt als Kläger in wichtigen vom VSD initiierten Gerichtsverfahren auf. Er instruiert die VSD-apygardos in deren Gerichtsverfahren (Par. 2; S. 154). Ferner erarbeitet er die rechtliche Reglementierung für das VSD.Auch der VSD-Inspektor (*inspektorius*) untersteht dem Direktor unmittelbar und überwacht die VSD-Einheiten entsprechend dessen Instruktionen (Par. 2; S. 156).

Die VSP-*apygarda* Kaunas erhält von ihren Unterbezirks-Einheiten (*rajonai*) regelmäßig Berichte über Ereignisse sowie die Polizeiberichte zu legalen Versammlungen (von Organisationen – Par. 10; S. 162). Der stellvertretende Chef der *apygarda* erhält von der lokalen Polizei die Listen von genehmigten Veranstaltungen und schickt VSD-Mitarbeiter zu Versammlungen etc., von denen er Kenntnis hat (Par. 24; S. 163). *Präsenz bei allen autorisierten Versammlungen oder Unterhaltungsveranstaltungen ist für die VSP Pflicht.* Der Agentenführer der *apygarda* hat seine Agenten in allen staatsfeindlichen, lega-

[41] Was offenbar die Entlohnung für Agenten / Informanten einschließt.

len und illegalen Organisationen[42]. Seine Agentur sammelt ebenfalls Informationen über Beamte und städtische Verwaltungsangestellte (Par. 30; S. 163) und stellt so ein Disziplinierungsinstrument dar. Der Chef des städtischen Unterbezirks (*rajonas*) Kaunas, unmittelbar dem *apygarda*-Chef unterstellt, stellt die Polizisten, die genehmigte Veranstaltungen besuchen und dem *apygarda*-Chef berichten (Par. 43; S. 166). Er hat seine eigene Agentur, die ähnliche Felder wie die des Agentenführers bearbeitet (Par. 39; S. 165). In der Provinz stehen die *rajonai*-Chefs in engem Kontakt zu den lokalen Verwaltungsbehörden (Par. 53; S. 167) und führen über die lokalen Organisationen Akten (Par. 64; S. 169). Die Allgemeine Unterabteilung (*bendra dalis*) einer jeden *apygarda* fertigt einen täglichen Bericht über ihr Gebiet plus eine monatliche Zusammenfassung an (Par. 83, 84; S. 172) – offenbar für den VSD-Direktor[43].

Die Provinz-Dienstbezirke (*provincijos apygardos*) sind durch umfassendere Struktur und Kompetenzen als der Bezirk Kaunas gekennzeichnet, in dem das VSD-Hauptquartier einige *apygarda*-Funktionen wahrnimmt. Provinzbezirke verfügen über eine Kripo-Abteilung. Die Funktionen der Kripo-Abteilung des VSD-Bezirks Klaipėda werden durch das 'Oberste Tribunal' geregelt (Par. 1; S. 195), da das Gebiet nach dem Memelstatut *eigene* Polizei- und Gerichtshoheit hat. Im übrigen entspricht die Struktur der Provinzbezirke (Par. 2; S. 195) in kleinerem Maßstab der der VSD-Zentrale: 1) Allgemeine Unterabteilung (*bendra dalis*), 2) Informationsunterabteilung (*žinių dalis*), 3) Ermittlungsunterabteilung (*kvotų dalis*), 4) Sonderunterabteilung (d.h. Beschattung – *ypatingoji dalis*), 5) Presseunterabteilung (*spaudos dalis*) und 6) Kripo-Unterabteilung (*kriminalinė dalis*). Die *apygarda*-Chefs arbeiten eng mit der lokalen Verwaltung, den Militärkommandaten, den lokalen Gerichten und der Staatsanwaltschaft zusammen (Par. 4; S. 196) und erstellen für den VSD-Direktor täglich Bulletins und monatliche Übersichten. Die enge Zusammenarbeit aller staatlichen Machtstrukturen im jeweiligen Bezirk hat mit der Praxis eines Rechtsstaats offensichtlich nichts gemeinsam.

Der **Chef eines Provinz-Unterbezirks** (*rajono viršininkas*) hat ähnliche Aufgaben wie sein Kollege in Kaunas. Er führt eine politische Agentur und arbeitet eng mit der lokalen Verwaltung und dem Militär zusammen (Par. 8; S. 198). Er bzw. seine Agenten nehmen an den Versammlungen von politischen Parteien und anderen Organisationen teil und sammeln Informationen über Beamte, städtische Verwaltungsangestellte, Privateinrichtungen und Firmen mit dem Ziel der Aufdeckung staatsfeindlicher Aktivitäten (Par. 8).

---

[42] Der Großteil der Organisationen in der RL war in Kaunas registriert.

[43] Die *rajonai*-Chefs waren demnach für Kripo- und politische Polizeiarbeit zuständig. Politische Überwachung unter Beihilfe der Lokalverwaltung galt als selbstverständlicher, legitimer Teil der Polizeiarbeit in der RL, und es kann von keinerlei Schutz der Persönlichkeitsrechte die Rede sein.

Die **Informations-Unterabteilung** (*žinių dalis*) führt Akten über alle bekannten Organisationen oder Kollektive im Bezirk (Par. 32; S. 203). Wenn eine in einer *apygarda* registrierte Person diese verläßt, dann reist ihm die Akte in die *apygarda* seines neuen Wohnsitzes nach (Par. 40-42; S. 204). Über seine Ankunft und Registrierung dort wird die Informationsabteilung in Kaunas benachrichtigt. Die Informationsunterabteilung erstellt den täglichen Bericht mit Informationen über Parteien, Organisationen, Privatpersonen, lokale Behörden und Firmen (ihre Aktivitäten), charakteristische Ereignisse, Tätigkeit und Ergebnisse der *apygarda*, die Lage der Öffentlichkeit, deren Stimmung, Wünsche etc. und kommentiert die Zuverlässigkeit dieser Nachrichten (Par. 53; S. 206). Besondere Aufmerksamkeit gilt kommunistischen Feiertagen (1. Mai etc.) und litauischen Staatsfeiertagen (Par. 53). Die Informationsunterabteilung erstellt außerdem monatliche und auf Anfrage Sonderberichte (Par. 68, 69 ; S. 209). Die *rajonai*-Chefs erstatten dem *apygarda*-Chef täglich Bericht.

Die **Presse-Unterabteilung** (*spaudos dalis*) zensiert in Postämtern oder Zollämtern alle ausländischen Druckerzeugnisse (Par. 165; S. 227) und berichtet dem Chef der Presseabteilung in Kaunas. Außerdem sieht der Zensor alle Zeitungen des *apygarda*-Bezirks nach ihrer Position betreffs der Regierungspolitik durch (Par. 172; S. 227). Der Pressezensor der *apygarda* Klaipėda hat daneben eine ganz besondere Aufgabe: *"Der Pressezensor in Klaipėda zensiert alle Stücke auf den Bühnen der deutschen Theater des Klaipėda-Gebiets und vertieft sich in deren Grundidee und Tendenzen. Findet er in einem Stück klar fremde politische oder patriotische Motive, schreibt er ein Protokoll, auf Grundlage dessen das Stück nicht eingeführt werden darf und seine Aufführung im Klaipėda-Gebiet verboten wird. Der Pressezensor besucht die Premieren der Stücke, die im Theater des Klaipėda-Gebiets gespielt werden, um die Tendenzen der Regisseurs bei der Inszenierung des Stücks verfolgen zu können und zu überwachen, damit das Stück nicht in eine für Litauen ungünstige Richtung verwendet werden kann"*[44]. Verlage und Buchläden unterliegen der Kontrolle durch die Agenten des Zensors (Par. 174; S. 229). Er selbst erstellt einen Monatsbericht über die einheimische und ausländische Presse.

[44] Ich möchte vorschlagen, dieses Zensurregime einmal mit dem vielbeklagten zaristischen in Litauen zu vergleichen. – K.F.

II. Übersicht der Bulletins[45] aus den Provinz-*apygardos* 1.3.1934 – 15.3.1934

a) **Die Minderheiten, über die berichtet wird**

Von 45 Bulletins (237 Meldungen) stammen 12 von der *apygarda* Klaipėda, 11 aus Šiauliai, 11 aus Marijampolė, 7 aus Panevėžys und 4 aus Ukmergė. Sie präsentieren unzensierte Information für den VSD-Direktor. Weitere Adressaten nennen nur die Klaipėda-Bulletins: den Gouverneur, den VSP-Chef, den Geschäftsführer des Ministerkabinetts, den Militärkommandanten von Memel. Unter anderem erhielten diese Funktionsträger Information aus erster Hand über Direktorium, Landtag und Behörden[46]. Über echte politische Straftaten (Agitation und Literatur revolutionären Inhalts etc.) wird aus ganz Litauen beinahe ausschließlich im Zusammenhang mit Kommunisten berichtet, während von "bewaffneten staatsfeindlichen Organisationen" lediglich im Zusammenhang mit den Memeler Parteien SOVOG und CSA die Rede ist[47]. *Keine* politisch motivierte Gewalt wird im Berichtszeitraum erwähnt. Meist geht es um die öffentliche Meinung bzw. Manifestationen unabhängigen Willens, *die nicht die Gerichte erreichen sondern administrativ abgestraft werden*. Klaipėda sendet 92 Meldungen, von denen 87 allgemein das deutsche Leben betreffen, 1 die lokalen Litauer und 4 die lokalen Kommunalverwaltungen. 94,5% der Meldungen betreffen damit die *Memeldeutschen*. *Kommunistische Aktivität wird in Memel nicht erwähnt*.

[45] 378-3-3426 deckt den Zeitraum 1.3.34 – 30.4.34 in 548 Seiten an Berichten ab. Von diesen wurden S. 393 – 548 (1.3.34 – 15.3.34), d.h. 45 Bulletins mit 237 Meldungen (*pranešimai*) ausgewertet.

[46] Oft werden Dinge berichtet, die kaum der Aufmerksamkeit dieser Personen wert sind; das Material roh und ohne Strukturierung nach Bedeutung vorgelegt, so daß es allenfalls die *öffentliche Meinung* reflektieren kann. In Memel scheint die VSP überfordert, da ihre Zielgruppe nicht als Organisationen konkretisiert sondern als deutsche 'Gesamtheit' *amorph* ist.

[47] Der Neumann-Sass Prozeß gehört von deutschen Historikern dringend bearbeitet. Die zeitgenössische europäische Presse war sich über Separatismus bzw. Anschlußwünsche dieser Politiker völlig einig, sah jedoch den *konkreten* Plan eines bewaffneten separatistischen Aufstandes im Memelgebiet als nicht im Prozeß erwiesen und ohnehin außerhalb der realen Möglichkeiten an (z.B. *'The Times'* 27.3.35 – 378-12-166; S. 135).

Aus Marijampolė stammen 37 Meldungen, davon 18 (48,6%) über Bolschewiken / Kommunisten, 6 (16,2%) über lokale Deutsche, 3 (8,1%) über lokale Polen, ausländische Polen, polnische Spione, 1 (2,7%) über lokale Russen und je 2 (5,4%) über die *Tautininkai*-Union und den ihr nahestehenden *Ūkininkų vienybė*-Bauernbund. 27% der Meldungen betreffen Minderheiten.
Unter den 42 Meldungen aus Šiauliai betreffen 24 (50%) Kommunisten, 4 (9,5%) lokale Deutsche, 1 (2,4%) Juden, 1 (2,4%) Protestanten, 7 andere. Einschließlich der 'Protestanten'[48] betreffen 14,3% der Berichte Minderheiten.
Aus Panevėžys stammen 46 Meldungen, von denen 28 (60,8%) Kommunisten betreffen. Es gibt keine Berichte über Deutsche und nur je 1 (2,2%) über Letten und Polen. 3 Berichte (6,5%) liegen über Juden vor, davon einer unter 'Allgemeines'. Letztere Rubrik und Information außerhalb unseres Kontexts bilden 28,2% der Meldungen. In der RL zeigt Panevėžys den geringsten Anteil an Minderheiten-Meldungen – lokal 11,2%.
Von den 20 Mitteilungen aus Ukmergė betreffen 7 (35%) Kommunisten und 6 (30%) Juden und deren Organisationen. 5 (25%) berichten über die lokalen Polen, so dass insgesamt 55% aller Meldungen aus Ukmergė die Minderheiten betreffen[49]. 1 Mitteilung (5%) betrifft die lokale *Tautininkai*-Organisation.

Zusammenfassung: *Memel und seine Deutschen sind in 36,7% der insgesamt 237 Meldungen Thema* - das VSD-Interesse an ihnen allenfalls dem an kommunistischen Aktivitäten in Großlitauen (32,4% - keine in Memel!) vergleichbar. Während letztere meist von tatsächlichen politischen Straftaten oder Polizeiaktionen gegen Kommunisten berichten, *betrifft die Information aus Memel ganz unterschiedliche Aspekte des öffentlichen Lebens*. Während im Fall der Kommunisten eine kleine, disziplinierte Gruppe bekämpft wird, scheinen in den Memel-Berichten ethnische, soziale, politische und wirtschaftliche Aspekte zu einem *als Litauenfeindlich verstandenen amorphen Komplex* (ohne klare Struktur) zusammengefaßt. Wo die Aktivitäten einer ganzen Bevölkerung verdächtig sind, zeigt der Dienst Konzentrationsschwierigkeiten. Die Kommunisten gelten mit 77 (53%) der 145 Meldungen aus Großlitauen klar als Hauptstaatsfeind. Unter den 237 Meldungen aus der RL betreffen ferner 10 (4,2%)[50] die Deutschen in Großlitauen, 10 (4,2%) die Juden und 9 (3,8%) Litauens Polen. Das Interesse an den Deutschen ist im Memelkonflikt und in den Bemühungen des *'Kulturverbandes'* zur Vereinigung der Litauendeutschen in einer

[48] Was in jener Zeit praktisch immer einen deutsch-litauischen ethnischen Konflikt impliziert.
[49] Es gibt zahlreiche lokale jüdische Organisationen, deren Mehrheit das VSD als kommunistisch beeinflußt ansieht.
[50] Zu deren Bevölkerungsanteil fehlen noch Zahlen, jedoch sind sie sicher überproportional repräsentiert. Der Anteil der Juden betrug knapp 8%; der der Polen war strittig, da die meisten dem Regime als 'polonisierte Litauer' galten.

kulturellen und deutsch-patriotischen Organisation begründet, zudem in dem (vom Staat beförderten!) deutsch-litauischen Richtungskampf in der evangelischen Kirche. Ein aus den VSD-Berichten gewonnener Stereotyp der Litauendeutschen könnte so lauten: Typische Deutsche sind von der nationalen Renaissance im Reich fasziniert und wollen an ihr teilhaben. Sie nehmen die litauische Staatsmacht nicht als die ihre ernst, verweigern sich einer Assimilation und halten die Behörden der RL nicht für ihre kulturellen Angelegenheiten kompetent. Einige von ihnen erfüllen verantwortliche Aufgaben in Verwaltung und Militär, und es gibt über ihre Arbeit wenig Klagen. Jedoch gelten sie *bestenfalls als 'Söldner' ohne das richtige patriotische Bewußtsein*. Ihr Herz ist, wie ihr soziales Leben zeigt, nicht bei der Sache: sie fühlen sich in 'unserer' Gesellschaft nicht zuhause und *sollten nicht mit Geheimnissen oder Autorität über Litauer betraut werden.* Deutsche verstehen die evangelische Kirche als ihr Kollektiveigentum und blockieren litauischen Einfluß. Sie wollen ihre Kinder in deutschen Schulen im deutschen Geist erziehen und versuchen, sich unter dem Mantel der Kulturarbeit politisch zu organisieren und Widerstandsstrukturen gegen die 'legitimen Ansprüche' des litauischen Staates zu bilden. Ihre Loyalität gehört nicht diesem Staat: es ist Deutschland, dem sie Gutes wünschen.

Juden betreffend wird hauptsächlich über marxistische Elemente, Organisationen und über lokale litauisch-jüdische ökonomische Kleinkonflikte gesprochen. Breiten Raum nehmen die zionistische Bewegung und deren Spaltung zwischen marxistischen und rechtsautoritären Strömungen ein, wobei sich das VSD lediglich für erstere interessiert. Die Haltung des VSD in der Frage jüdischer Emigration scheint im Jahr 1934 unklar. Lediglich 1936/37 empfiehlt das VSD intern Steigerung der jüdischen Emigration in Verbindung mit sozialen Erleichterungen für Arbeiter zur Abwehr eines zunehmenden kommunistischen Einflusses auf die Öffentlichkeit. Einige weitere Meldungen erwähnen jüdische Boykottaufrufe gegen deutsche Waren, was von der Verwaltung bekämpft wird. Gewiß korreliert im gesamtstaatlichen Maßstab die Anzahl von Minderheiten-Meldungen eher mit der subjektiv empfundenen Gefährlichkeit einer Minderheit für den Staat als mit deren Bevölkerungsanteil. Ein Sonderfall sind die Memeldeutschen, die als ganze Bevölkerungsmehrheit ausgekundschaftet wurden und deren Nachrichten daher breit streuen. Grundsätzlich aber sammelte der Dienst keine Information nach dem Zufallsprinzip sondern sah Kommunismus, Nationalsozialismus und *polnischen* Expansionismus als die bedrohlichsten Ideologien der Zeit an.

Über *lettische* Aktivitäten wird nur einmal berichtet, während die *russischsprachige* Bevölkerung (1 Meldung – 0,4%) außergewöhnliche Passivität und keine klaren Ambitionen zeigt. Meldungen zu den *Tautininkai* (3 – 1,3%) und *Ūkininkų vienybė* (2 – 0,8%) wurden berücksichtigt, weil hier gewöhnliche

Bürger (Bauern) die Möglichkeit zur Meinungsäußerung über Politik und Wirtschaft erhalten. Deren Ansicht zur ökonomischen Rolle von 'Fremdvölkischen' liest sich zuweilen so: *"(...) für Fremdvölkische soll der Handel eingeschränkt werden, und die Gründung von Handelsunternehmen soll nach Möglichkeit durch Litauer erfolgen, aber nicht in den Händen von Ausländern sein"*. - 378-3-3426, S. 413 f. 5 (2,1%) der Meldungen betreffen Beamte, auch unter ihnen Minderheitenangehörige. Für die RL ohne Memel ergibt sich ein etwas anderes Bild. 53% (77) der 145 Meldungen betreffen Kommunisten und 22% (32) die Minderheiten, *was ihrem Gesamtbevölkerungsanteil etwa entsprechen dürfte*. Hier stellen Deutsche und Juden je 6,8% (10), Polen 6,2% (9) und Letten und Russen je 0,7% (1) der Meldungen. Die 22 Minderheiten-% (32 Meldungen) verteilen sich wie folgt: Deutsche 31,3 %, Juden 31,3 %, Polen 28,1%, Russen und Letten je 3,1%. Der *'Kulturverband'* wird weiterhin überwacht (gesteigertes Interesse ab 1938 im Umfeld des Münchener Abkommens und 1940, als der 'KV' Vermögensverzeichnisse für die erwartete 'Rücksiedelung' erstellt). Über Memel werden auch 1936/37 ähnliche Berichte in ähnlicher Zahl geschrieben.

b) **Themen der Bulletins**

Die autonomen Körperschaften – weder Landtag, noch Direktorium, noch Kripo – erhielten den **Klaipėda-Bulletin** selbstverständlich nicht, sondern waren sein *Gegenstand*. 65 der 87 Memel-Meldungen lassen sich thematisch klar zuordnen: 12 – über politische Parteien, Gründungsversuche, politische Führer; 9 – 'politische Mutlosigkeit' in der Memelbevölkerung, Passivität NS-naher Kreise und gewisser Politiker nach der Einführung des *Gesetzes zum Schutz von Volk und Staat*; 6 – Beamte der Autonomiebehörden mit deutscher Staatsbürgerschaft und finanzielle Folgen von Entscheidungen der Zentralbehörden[51]; 5 – Aktivitäten der autonomen Gerichts- und Polizeiorgane (Gerichte, Staatsanwaltschaft, Kripo…); 4 – Beziehungen zwischen Autonomieeinrichtungen (Landtag, Direktorium) und Zentralgewalt (Gouverneur), besonders betreffs Memelgesetzgebung und VSD-Tätigkeit; 3 – ethnische Konflikte in der regionalen Bildungspolitik (zwischen Gouverneur und Direktorium, Lehrer-Personalpolitik etc.). Des weiteren: Korrespondenz lokaler Bürger mit Ns-Funktionären im Reich (2); Beziehungen des deutschen Konsulats zu den autonomen politischen Organen (2); die Situation der Neumann-Sass politischen Gefange-

[51] Nach 1930 (geregelt im Statut) mußten Memel-Beamte mit deutscher Staatsangehörigkeit, insbesondere Lehrer, um eine Arbeitsgenehmigung für Ausländer oder litauische Staatsbürgerschaft ersuchen. Beides konnte verweigert werden, um diese 'Apostel des Deutschtums' (A. Merkys – Navakas' Vorgänger als Gouverneur) loszuwerden. Aus so abgebrochenen Dienstverhältnissen ergaben sich Regreßforderungen, Pensionsansprüche etc., die das Regionalbudget belasteten und das Memeldirektorium als Dienstherrn mit Gerichtsprozessen überzogen.

nen (*Bezeichnung vom VSD!)* (2); Finanzgeschäfte von Memeler Banken mit deutschen Banken und finanzielle Lage der regionalen Institutionen (2); VSP-Ermittlungen gegen lokale Zeitung (2); Versammlungen von Kultur- und Sportvereinen (2); lokale litauische politische Führer und Funktionäre (2); Verwaltung in Ostpreußen (2); Aktivitäten und Einstellung lokaler Kreisvorsteher (2). Einmal erwähnte Themen: Hitlers Geburtstag (ruhig, 5 Flaggen); ökonomische Auswirkungen des kleinen Grenzverkehrs; Maßnahmen der Reichsregierung betreffs Memel; Verhaftung wegen Verunglimpfung von Staatssymbolen; Abweisung einer Landtagsdelegation durch den Staatspräsidenten; deutsche Staatsbürger in Verwaltung lokaler Banken; Gerüchte über litauisch-sowjetisch-deutsche politische Beziehungen; Landtagssitzungsbericht (zum *Gesetz zum Schutz von Volk und Staat*); Sprachgebrauch in Verwaltungskorrespondenz; Schweinemarkt; Ausbildung protestantischer Pfarrer; Handwerksordnung (Meisterbrief behindert Litauer); Strafe für Verbreitung von Gerüchten. All diese Information wird ausschließlich mit ethnischen Untertönen vorgelegt, und in fast allen Fällen sind Deutsche Thema – *Ethnie, Kultur, Wirtschaftsverbindungen und politischer Wille erscheinen als litauenfeindlicher Komplex*. Der politische Wille der Memelbevölkerung scheint nach der Einführung des *Gesetzes zum Schutz von Volk und Staat* gebrochen; sie wartet in depressiver Passivität ab. Das Ausmaß der VSD-Tätigkeit spricht nicht für Kooperationsabsicht der Zentalregierung, sondern den *Wunsch nach totaler Kontrolle und Dominanz.* Die Berichte zeigen auch die klare Absicht der Verwaltung, besonders in Kirche und Schule evangelische Litauer gegen die deutsche kulturelle Vorherrschaft zu instrumentalisieren, während Einfluß und Autorität aus Großlitauen importierter politischer Führer marginal erscheinen und deren Tätigkeit von den Einwohnern nicht als Dienst an der Region verstanden wird (Textbsp. 5, 7, 12, 14).

Aus Marijampolė stammen 6 Meldungen über Deutsche, 3 über Polen und 1 über Russen. 3 dieser Meldungen behandeln den lokalen *'Kulturverband'* (Gründung und Versammlung). Themen sind Schulpolitik und der Zusammenhang von Protestantismus und Deutschtum in Litauen. Den wachsenden Einfluß evangelischer Litauer in der Kirchenorganisation betrachtet das VSD wohlwollend als vielversprechende Entwicklung. *Für den 'KV' hingegen sind einzelne Aktivisten (Pfarrer, Lehrer – Tittelbach, Kossmann) höchst wichtig, die sein Vorgehen planen und leiten. Kirche und Schule halten die Litauendeutschen in sozialer und organisatorischer Hinsicht zusammen.* 2 Meldungen berichten über Litauendeutsche in staatlichen Einrichtungen: Lehrerseminar, Luftwaffe, Gericht. Sie werden überwacht, wobei Kennzeichen des Deutschtums sind: deutsche Sprache in der Familie, regelmäßige Lektüre einer deutschen Zeitung, Ausbildung in 'KV'-Privatschule, evangelische Konfession. 'Sekundäre Merkmale' sind Mitgliedschaft in Kirchengemeinde, Chor etc..

Lokale Litauer (wie das VSD unterstreicht) sind *gegen* die Beschäftigung Deutscher im öffentlichen Dienst. Eine Meldung erwähnt den litauisch-deutschen Konflikt in der lokalen Kirchenpolitik (Textbsp. 1, 2, 10, 13). *Im besprochenen Zeitraum sucht der 'KV' die Deutschen Litauens auf der Grundlage von Bildung und Glauben in einem Verband mit dem Ziel kultureller Selbstbehauptung zusammenzufassen, von konkreten politischen Ambitionen des 'KV' wird jedoch nichts bekannt. Forderungen von evangelischen Litauern nach einem Ende der deutschen Dominanz im kirchlichen Leben steht das VSD wohlwollend gegenüber und setzt jene regelmäßig als Richter über deutsche kulturelle Bedürfnisse*. Negative Einstellungen in der litauischen Bevölkerung zur Beschäftigung Deutscher in staatlichen Stellen (wegen Sicherheitserwägungen oder weil es sich um 'litauisches Brot' handelt) werden betont, und auch in der Privatwirtschaft kann 'KV'-Mitgliedschaft zur Entlassung führen. In einem Fall wird um beschleunigte rechtliche Schritte zur Behinderung eines 'KV'-Aktivisten gebeten (378-3-3426; S. 413 f.). *Gearbeitet wird gegen kulturell-politische Ambitionen indirekt, mittels 'Unterströmungen': die Notwendigkeit der deutschen Kulturarbeit wird bestritten, was den Ausdruck politischer Ansprüche gleich mit erledigt. Ganz klar spricht aus den Berichten Angst vor einer überregionalen Bewegung der Deutschen in Litauen*. Eine Meldung betrifft die lokalen Kulturorganisationen der Polen (*'Pochodnia'*, Sportverein, Chor u.a.), in denen jeweils dieselben Personen aktiv sind (378-3-3426; S. 529 f.). Sie scheinen politisch passiv und wollen sich vor allem ohne administrative Behinderungen versammeln und ihre Sprache sprechen. Reale Gefahr geht nicht von ihnen aus. Zwei Meldungen über Polen im Ausland bzw. polnische Spione betreffen die militärische Sicherheit. Eine Meldung betrifft *Russen*, die – weil legal nicht möglich – eine kleine illegale Schule gründeten (378-3-3426; S. 451 f.) und angeblich auf die Rückkehr des Zarenreiches warten. Der VSD-Direktor benachrichtigt das Bildungsministerium. Berichtet wird ebenfalls über zwei *Tautininkai*-Versammlungen mit hohen Vertretern aus Kaunas (Tūbelis, Kubilius), wobei ein Konflikt zwischen bäuerlicher Basis und Apparat deutlich wird (und Tūbelis die Außenpolitik der RL analysiert). *Äußerungen eines ökonomischen Antisemitismus* (Handel in litauische Hand, Verbot der Kapitalausfuhr) werden vermerkt (378-3-3426; S. 413 f.), die, so das Präsidium, den Möglichkeiten entsprechend verwirklicht werden sollen. *Zwei Meldungen über den Ūkininkų vienybė-Bauernbund beschreiben basisdemokratische, antibürokratische Tendenzen. Dieser sieht sich als Interessenvertretung der Bauern und fordert staatliche Absatzstrukturen, um die Ausbeutung litauischer Bauern durch jüdische Zwischenhändler (žydai-perkupčiai) zu unterbinden* (378-3-3426; S. 419 f.).

Šiauliai *apygarda* legt 8 Minderheiten-Meldungen, davon 7 über Deutsche, vor. Ein Weltkriegsveteran (Staatsangehörigkeit?) bittet (schreibt) Hitler persönlich um eine Kriegsrente. Zwei Meldungen betreffen die Gründung einer

'KV'-Privatschule, die vom staatlichen Schulinspektor unter zwielichtigen Vorwänden *verschleppt* wird. Nach dessen Ansicht sei die Schule *unnötig* und die lokalen *evangelischen Litauer seien dagegen (Textbsp. 4). Wieder werden in VSD-Berichten letztere systematisch zum Richter über kulturelle Belange der Deutschen berufen*. Es handelt sich hier im Grunde um ein 'Spiel' auf zwei Ebenen zwischen dem 'KV' und deutsch-evangelischen Organisationen auf der einen und der Staatsmacht (Verwaltung u. VSD) auf der anderen Seite: die deutsche Seite versteht sich als kulturell unterprivilegiert, in ihren Rechten beschnitten, was aber mit politischen Untertönen (Ausdrucksmöglichkeiten) verbunden ist. In ihren gewohnten Ausdruckssphären Bildung und Religion kollidiert sie mit einem umfassenden Assimilationsanspruch des Staates, der eine formale Handhabe sucht, diese Ausdrucksräume zu beschneiden, eben indem er *vordergründig die identitätserhaltende Funktion von Schule und Kirche für die Deutschen als nichtexistent ignoriert und stattdessen ein 'Proporzprinzip', 'Emanzipationsprinzip' nach pseudo-objektiven Kriterien durchsetzt.* Die deutsche Schule kann an 'sanitären' Hindernissen scheitern, der traditionelle deutsch-evangelische Gottesdienst als Wunsch einer Minderheit in der Gemeinde angegriffen werden. Eigenständige traditionelle Strukturen haben für den in seinem Selbstverständnis die Bevölkerungsmehrheit vertretenden Staat keine Existenzberechtigung[52]; *die ethno-politische Vorherrschaft der staatsbildenden Nation soll in alle Gesellschaftsbereiche getragen werden und wird von der Verwaltung durchgesetzt. Rückzugsräume für die Minderheiten sind unerwünscht und werden angegriffen, ihre Expansion über den Status Quo hinaus keinesfalls geduldet. Formal findet 'gewöhnliche, fachorientierte', kaum angreifbare Verwaltungsarbeit statt, unter der Oberfläche aber zugleich eine ethnopolitische Offensive*. Die Schwäche der sozialen Organisation der Deutschen liegt darin, daß ihre Ausdrucksbereiche (Bildung, Glauben) nicht als essentiell ethnisch definiert sind, sondern allgemeineren Bedürfnissen der Gesellschaft dienen und einer schein-objektiven Einflußnahme des Staates offenstehen. Dies wird in dem Augenblick von Interesse, wie sich die (aus dem in mancher Hinsicht toleranteren Zarenimperium) neuentstandene unabhängige RL als Nationalstaat zu verstehen beginnt und – als die 'Nation-Hausherrin' (*tauta šeimininkė)* der *Tautininkai*-Konzeption – gewachsene Rechte und gesellschaftliches Gewicht indigener Minderheiten zugunsten der Wohlfahrt der staatsgründenden Nation (und der materiellen und Geltungsbedürfnisse ihrer Patrioten) bestreitet und zu erodieren beginnt. Konkreter Maßstab für Maßnahmen sind als 'objektive Notwendigkeit' präsentierte Bedürfnisse der ethnisch-litauischen Bevölkerung. Die Doppelbödigkeit der Situation kommt da-

[52] Die Tendenz zu radikaler Vereinheitlichung als vermeintliche Voraussetzung erfolgreicher Staatenbildung scheint für den 'modernen' Post-Versailles-Nationalismus in Europa kennzeichnend.

gegen auf seiten der Minderheiten dadurch zustande, daß *eine öffentliche Diskussion (in Presse etc.) unmöglich gemacht* und als 'Verhetzung eines Teils der Gesellschaft gegen den anderen' streng und einseitig abgestraft wird. Es ist nicht völlig überraschend, daß ein Teil der Litauendeutschen in der zweiten Hälfte der 30er Jahre die Lösung ihrer Probleme von Adolf Hitler erwartete. Einen Rechtsgrund für die Verteidigung ihrer traditionellen gesellschaftlichen Positionen ließ ihnen die Gesetzeslage der RL nicht.

Eine Meldung erwähnt eine deutsch-protestantische Jugendorganisation, die vom VSD der NS-Aktivitäten verdächtigt wird. Deutscherseits will man unter Rückstellung von Glaubensdifferenzen solche Jugendbünde zusammenlegen (378-3-3426; S. 524), *wobei Ansätze einer die ganze RL umfassenden national-deutschen Bewegung sichtbar werden*. *Lehrer und Pfarrer spielen hier die Hauptrolle.* Der 'KV'-Aktivist Kossmann wurde (ohne ihm ersichtlichen Grund) einem Polizeiverhör unterzogen und tendiert nun zum Radikalismus (S. 393 f.). Weitere Meldungen erwähnen Gerüchte um ein Verbot des Jesuitenordens (zahlreiche seiner Mitglieder seien deutsche Reserveoffiziere), und schließlich den *Austritt jüdischer Schüler aus dem Deutschen Gymnasium zu Kaunas*, der die Finanzen des 'KV' empfindlich trifft (Textbsp. 8). Ein jüdisch-deutscher Gegensatz (ausgelöst durch Hitlers antijüdische Gesetze) tritt in Meldungen über *jüdische Boykottaufrufe gegen deutsche Waren* hervor, die einen gemeinsamen jüdisch-litauischen Patriotismus beschwören: 'Hitler will einen Weltkrieg, will das Gebiet Klaipėda (der RL) entreißen. (…) Kauft nur Waren aus dem eigenen Land'. Über Reaktionen der Bevölkerung ist nichts bekannt. Andererseits erwähnen Meldungen der *apygarda* über kommunistische Aktivitäten beinahe ausschließlich jüdische Namen (Grosas, Kanas, Šapyra etc. – 378-3-3426; S. 514). *VSD-Informationen berichten von kommunistischen Sympathien in unterschiedlichen sozialen Schichten der jüdischen Bevölkerung der RL*, wobei MOPR die Rolle zukommt, über das Engagement für politische Gefangene gemäßigt linke Intellektuelle an das kommunistische Lager anzunähern. Eine jüdische Dominanz der KP-Organisation wird so selbstverständlich angenommen, daß die Berichte kein gesondertes Wort darüber verlieren. Eine Meldung betreffs Protestanten (*evangelikai* – deutsch-litauische Auseinandersetzung in einer Kirchengemeinde bei Tauragė) erweckt den *Eindruck, als stehe eine Spaltung der evangelischen Kirche in einen deutschen und einen litauischen Zweig unmittelbar bevor (378-3-3426; S. 437), da aus deutscher Sicht eine gemeinsame Organisation früher oder später litauisch dominiert würde*. Alle Meldungen über Protestanten bzw. Deutsche aus Šiauliai erwähnen ethnische Konflikte. Meldungen über öffentliche Angestellte erwähnen Dienstvergehen, den Hitlergruß eines Betrunkenen (mit deutschem Familiennamen – S. 456) und schwerwiegende Kritik am Regime (S. 514 f.). Der VSD-Direktor informiert den Dienstherrn dieses Unzufriedenen.

In der *apygarda* Panevėžys wollen Letten eine Minderheitenschule gründen (S. 453 f.), wozu der lettische Konsul materielle Hilfe für bedürftige Kinder zusagt - was das VSD *ablehnend* aufnimmt. Polen gründen einen Kreditverein, bei dessen Gründungsversammlung die Verwendung gewisser Gelder schwer nachzuweisen scheint. Das VSD *vermutet geheime Reisen nach Polen zu staatsfeindlichen Zwecken (Instruktion etc.)*. Zwei Meldungen berichten von *jüdischen Boykottaufrufen gegen deutsche Waren*, wofür die Administrativstrafen (3000 bzw. 20 Lt.) extrem unterschiedlich ausfallen. Ferner ist von jüdischen Händlern die Rede, die auf den Zugangsstraßen zum Markt von Panevėžys die *Bauern aufhalten, um deren Erzeugnisse billig aufzukaufen*. Bauern und Städter sind über die Belästigung bzw. folgende Preistreiberei verärgert (Textbsp. 11). Auch hier informiert der VSD-Direktor das zuständige Departement. Letztere Meldung drückt die *populäre Meinung (und die des VSD?) über die ökonomische Tätigkeit der Juden charakteristisch aus: Parasitentum am hart und ehrlich arbeitenden Volk*. Über jüdische politische Aktivitäten gibt es aus Panevėžys keine Meldungen.

Ukmergė *apygarda* erwähnt 7 Fälle von kommunistischer Aktivität, wobei (wieder kommentarlos) fast ausschließlich jüdische Namen erwähnt werden (378-3-3426; S. 531). Eine Meldung betrifft die *'Poalei zion'* zionistisch-sozialistische Organisation, die mit Hilfe der *'Idiše Bildung Gizelšaft'* illegal marxistische Literatur aus der UdSSR über Lettland importiert. *'Poalei zion'* gibt die Zeitung *'Folksblat'* heraus, deren Redakteur Judelis Markas in Ukmergė einen *Vortrag über die Lage der Juden in der Welt* hält. Dessen Thesen haben es in sich: 1) Die kapitalistische Welt hat ihre Zeit überlebt und existiert nur noch dank des Faschismus; 2) Die Juden in der UdSSR sind mit dem kommunistischen System zufrieden und leben in Frieden. Zwar sind sie nicht reich, erwarten aber ein besseres Leben; 3) *In der RL wird das normale jüdische Leben vom Faschismus unterdrückt. Dieselben Bürokraten wie zur Zarenzeit haben Litauen im Griff, und kein Parlament zügelt sie. Alle möglichen Repressionen werden gegen Juden ausgedacht: gegen Handwerker, Händler, Anwälte etc.;* 4) Die polnischen Juden sind unter Pilsudski wirtschaftlich sehr verarmt, doch ist ihre politische und kulturelle Position weit besser als in der RL. Leider ist Zionismus dort kein bedeutendes Thema; 5) Die Agitation über jüdisches Leben in Palästina ist von Unwahrheit und Schwindel geprägt. Es handelt sich um eine bourgeoise Idee: ins Land gelassen werden nur reiche Juden – für Großbritanniens Bourgeoisie ein gutes Geschäft; 6) In Deutschland ist die Lage so, daß Juden nur noch fliehen können - kein Faschismus mehr, sondern tierische Grausamkeit. Ferner teilt Markas Details über deutsche Gefängnisse und KZs mit (378-3-3426; S. 531 f.). Der VSD-Direktor läßt Herrn Markas *alle öffentlichen Auftritte in Litauen verbieten*. Daß letzterer sich öffentlich derart äußern konnte, bedeutet ein Versagen der *apygarda*. Aus Ukmergė stammen ferner 5

Meldungen über jüdische Organisationen, einschließlich einer Analyse der politischen Richtungen ('Revisionisten' und '*Poalei*') der vielfältig gespaltenen zionistischen Bewegung (Textbsp. 6), *von denen ausschließlich die linken Ableger das VSD interessieren.* Eine Überraschung sind Bemerkungen über die rechts-zionistische '*Beiter*'-Jugendorganisation. Daß die vorgelegte 'ideologische Übersicht' zum jüdisch-politischen Leben 1934 noch von Neuigkeitswert sein soll scheint anzuzweifeln. Der VSD-Direktor verlangt die Statuten der erwähnten Organisationen. Auch diese Episode veranschaulicht *einige jüdische Stereotypen*: *ein scharfer Gegensatz besteht zwischen dem armen marxistisch-revolutionären Krawallmacher und dem reichen, konservativen, formal dem Staat – der seine Rechte und Eigentum schützen soll – loyalen Juden.* Hinweise auf eine als national-faschistisch bezeichnete jüdische Organisation in der RL waren für den Autor ein Novum und widersprechen dem heute gängigen Opferklischee. Möglicherweise ruft eine wachsende jüdische *Emigrationsbewegung mit entsprechendem Kapitalabfluß* das Interesse des VSD-Direktors hervor, denn das Resümee über jüdische Politik in Ukmergė wirkt an sich wenig professionell. Das VSD-Interesse an marxistisch-jüdischer Konspiration scheint durch gewisse Funde gerechtfertigt: verschiedene soziale jüdische Organisationen arbeiten offenbar unter wechselnden Namen mit identischem Personal und vorgeschobenen Statuten. Z.B. wird das Personal der Gesundheitspflege-Organisation '*Ozė'* als teilidentisch mit dem der von Kommunisten durchsetzten '*Bildung Gizelšaft'* bezeichnet, die als Nachfolgerin der (1924 geschlossenen) '*Kulturliga*' Schulen, Bibliotheken u. a. besitzt und im eigenen Seminar ihre Lehrer im marxistischen Geist ausbildet. *'Bildung Gizelšaft'* gibt die Linkszeitung *'Folksblat'* heraus, ist mit der früheren '*Bund*'-Organisation personell verbandelt und importiert *Sowjetliteratur* via marxistische Zirkel in Wilna und Riga (378-3-3426; S. 496 f.) etc. – ein sehr unübersichtliches Bild. *Für das VSD trägt die jüdische Weltverschwörung ein marxistisches Gesicht und schöpft ihre Kraft aus dem Land der Sowjets.* Andererseits zeigt diese Passage, zu welchem *Verwirr- und Maskenspiel* die politische Opposition genötigt war: *nur in der sozialen oder Kultursphäre waren eigenständige Strukturen noch zu verwirklichen, und eben um deren Herr zu werden war das Vereinsgesetz so restriktiv*. Generell scheint der Organisationsgrad (Vereinsleben etc.) der jüdischen Bevölkerung in der RL außerordentlich hoch. Der VSD-Direktor läßt die Statuten der erwähnten Organisationen (mit dem offensichtlichen Ziel einer Schließung) prüfen. Ukmergė *apygarda* kommentiert überdies, daß das Fehlen einer legalen Linksopposition nach der Schließung der Sozialdemokratischen Partei die '*Poalei*' in die Arme der Kommunisten treiben könnte, *d.h. das Fehlen einer politischen Perspektive einen Anstieg des Linksradikalismus in der jüdischen Bevölkerung herbeiführt.* Als Avantgarde der '*Poalei*' in Palästina versteht sich die '*Hocholuc*': ihre Mitglieder durchlaufen eine 2-3 jährige

handwerklich / landwirtschaftliche Ausbildung und wollen in Palästina Kibbutz-Kommunen (*'kivica'*) gründen (378-3-3426; S. 402 f.). Durchleuchtet wird auch die 'Organisation der jüdischen Reservesoldaten'. *Nach Ansicht des VSD seien auf Befehl ihres ZK 1919 – 1921 während des litauischen Unabhängigkeitskrieges zahlreiche Kommunisten in die litauische Armee mit dem Ziel eines kommunistischen Staatsstreichs eingetreten*[53], und die jüdische Veteranenorganisation gilt dem VSD als Tarnorganisation und möglicher Unruheherd (Details s. Textbsp. 15). *Auch hier wird eine charakteristische VSD-Meinung betreffs der Juden deutlich: Jüdische Soldaten verursachten in der Vergangenheit Meutereien. Reiche Juden kämpfen für die RL ohnehin nicht, sondern emigrieren. In der Armee dienen arme Juden, doch, undankbar und gerissen, ist ihr Interesse nicht der Erhalt des Staates: sie warten auf die Gelegenheit zur Revolution. Der Alptraum des VSD ist eine marxistisch-jüdische Weltverschwörung mit einer bewaffneten Speerspitze im eigenen Lande, was zum ursprünglicheren Stereotyp des jüdisch-proletarisch marxistisch-revolutionären Krawallmachers paßt.* Der VSD-Direktor bereitet gegen diese Organisation einen 'operativen Befehl' vor. Ukmergė liefert auch 5 Meldungen über ethnische Polen, davon 1 über eine illegale Schule (Textbsp. 6) und 1 über Sprachenkonflikt in einer Kirchengemeinde, der in polizeilichen Repressionen endet (Textbsp. 9). Am 'patriotischen Bewußtsein' des Polizeidienstes bleibt hier kein Zweifel. Anderswo sind personelle Verbindungen zwischen den polnischen Organisationen Thema. *Berichtet wird von der Verarmung der polnischen Grundbesitzerschicht und dem Niedergang des von ihr abhängigen polnischen Kulturlebens auf dem Lande.* Den Litauern fehlen hingegen (staatliche) Kredite, um feile Güter aufzukaufen und so den sozialen Einfluß der Polen zu brechen (Textbsp. 15 – die Anregung selbst aus dem bespitzelten Gespräch eines Gutsbesitzers…). *Auch das Image der Polen tritt aus den Meldungen deutlich hervor: Sie werden als Verschwörer gegen die litauische Staatlichkeit – unter dem Vorwand von Kulturbedürfnissen – dargestellt und gründen hartnäckig illegale Schulen in der Provinz, während das polnische Gymnasium in Kaunas als Spionagenest gilt. Sie unternehmen mit zwielichtigem Geld Reisen nach Wilno oder Warszawa, wo sie Litauen verraten und sich neue Instruktionen holen. Die bankrotten, dekadenten Provinz-Gutsbesitzer halten die abhängige Bevölkerung in Finsternis und stehen einem hellen, modernen, emanzipierten Litauen im Wege. Für 'Patrioten' sind sie ein Sündenbock für Mängel im staatlichen Leben. 1934 haben die Behörden die politischen Aktivitäten der Polen völlig unter Kontrolle, und das VSD überwacht selbst ihre harmlosesten Bewegungen.* Die Initiative liegt längst beim Staat, der die polnische Kultur als 'aufgebauten Gegner' aus dem öffentlichen Leben verdrängt und niedrige populistisch-

[53] Diese These fand ich sonst nirgendwo. – K.F.

patriotische Instinkte in der Bevölkerung befriedigt. *Verwaltung, Polizei und 'völkische Organisationen' (Šaulių sąjunga etc.) arbeiten dabei Hand in Hand.* Ohne die Unterstützung der Grundbesitzer kann polnische Kultur in den unteren Bevölkerungsschichten nicht überleben. Sie erliegt direktem und wirtschaftlichem Assimilationsdruck, während Polen von Bildungsberufen ausgeschlossen werden. *Der litauische Nationalstaat propagiert eine Revolution im Zusammenleben der Ethnien, eine monolithische (im Ausdruck litauische) öffentliche Kultur, in deren Interesse er gewachsene 'Gewohnheitsrechte' der Minderheiten mit Zwang revidiert. Protest dagegen, auch in demokratisch-friedlicher Form (Unterschriften etc.), wird administrativ /strafrechtl. verfolgt und eine 'Generalharmonie' des einen offiziellen Patriotismus vorgeführt.* Die VSD-Berichte über die Minderheiten hinterlassen einen zwiespältigen Eindruck. Zum einen ist die 'Tiefe' der Bespitzelung bis hinein in die harmlosesten, stupidesten Details schockierend. Zum anderen überrascht der (für die Vorgesetzten aufgesetzte?) 'patriotische' Eifer der Berichte, wo man doch von den Augen und Ohren des Staates etwas Selbstironie, oder gar den Zynismus der Profis erwarten möchte. Im Gegenteil: *Die politische Polizei (auf Provinzebene) scheint von der Rechtschaffenheit ihres Tuns (Aufspüren und Bestrafung Andersdenkender) und der Wichtigkeit ihrer Funde aufrichtig überzeugt, was den Dienst im VSD geradezu zu einer moralischen Berufung macht. In der VSD-Welt scheint oft nicht nur das Recht auf, sondern selbst die Möglichkeit einer abweichenden Meinung nicht vorgesehen bzw. undenkbar*. Im Rahmen der großen 'Gut-gegen-Böse' Auseinandersetzung mit dem politischen Verbrechen wird auch die Beobachtung der Minderheiten zu einem moralischen Auftrag. Die Berichte lassen Fragen offen: zentral sind die Figur des Direktors und sein Ermessensspielraum, will man den Effekt von ca. 500 Hauptberuflichen auf die Gesellschaft abschätzen. Auf wie viele Lebensläufe die im VSD gesammelte Information Einfluß hatte, läßt sich ohne aufwendiges 'Gegenlesen' mit den Akten anderer Behörden nicht sagen, und der Autor hat darauf keine befriedigende Antwort. Immerhin wurden konkrete Fälle von Intervention nachgewiesen. Über das Image der Minderheiten wurde hingegen das Wesentliche gesagt: typische Texte sollen nun vorgelegt werden.

III. Textbeispiele aus den VSD-Bulletins

1) VSP und Kripo-*apygarda* Marijampolė, Bulletin Nr. 33, 1.3.1934 – LCVA 378-3-3426; S. 540 f.: Lokale Deutsche. Am 25.2. dieses Jahres fand in Kaupiškiai, Amtsbezirk Vištytis, Kreis Vilkaviškis auf Initiative von Bürger Otas Gerchardas[54] die Gründungsversammlung der Sektion Kaupiškis (sic) des *'Kul-*

[54] Die in den offiziellen litauischen Dokumenten durchgehend *zwangslituanisierten* (was schon visuell den Eindruck der Situation manipuliert!) deutschen Namen (Otto, Karl,

turverbandes' statt. In das Versammlungspräsidium wurde der aus Kaunas Miško gt. 18 angereiste Kosmanas Richardas berufen. In den Sektionsvorstand wurden Otas Gerchardas, Šlemengerytė Augustė, Krėmeris Karolius und Krėmerytė Mėta gewählt. Sie alle wohnen in Kaupiškiai, Amtsbezirk Vištytis. Die Statuten verlas und erläuterte Kosmanas Robertas aus Kaunas /Vertreter der 'KV'-Zentralverwaltung/. Ferner sprach der aus Kybartai angereiste Mikelis Vilius, der die Versammelten zur Gründung einer 'KV'-Sektion in Kaupiškiai aufrief und auf deren Nutzen für die neue Generation von ethnischen Deutschen hinwies. Er rief dazu auf, echte Deutsche zu sein und Christus zu lieben. Als über Vorhaben gesprochen wurde, sprach Bürgerin Hafensienė Augustė aus Kaupiškiai die Frage an, daß es sei notwendig sei, in Kaupiškiai eine deutsche Grundschule einzurichten. Auf eine Warnung der Polizei hin wurde über diese Frage nicht beraten. An der Versammlung nahmen ca. 20 Frauen und 40 Männer nicht nur aus der unmittelbaren Gegend, sondern auch aus Kybartai und Vištytis teil. 18 trugen sich als Mitglieder ein. Auf der Versammlung wurde Deutsch gesprochen, und die Stimmung der Teilnehmer war gut. Die Versammlung dauerte von 14 bis 15 Uhr. Zuverlässige Information.

2) Bulletin Nr. 55, 3.3.1934 – S. 529 f. Lokale Deutsche. Am 25.2. dieses Jahres entließ der Rat der evangelischen Gemeinde von Kalvarija den Kantor ihrer Kirche, den Lehrer Bliumas, weil der in der jüngsten Zeit damit begonnen hatte, die evangelischen Litauer in der *'Pagalba'*-Union zu organisieren und die Zeitung *'Srovė'* zu verbreiten. Für diese Entlassung hatte der frühere Lehrer und hitzige Deutschtümler (*'vokietininkas'*) Kurša Aleksandras aus Kalvarija den Boden bereitet. Die Deutschtümler verweisen auf Fakten, daß Kantor Bliumas sich der Gemeindemehrheit nicht anpaßt und Glaubens- und Bildungsangelegenheiten nicht ihren Wünschen entsprechend (zu verstehen – im deutschen Geist) wahrnimmt. Diese Entlassung des Lehrers Bliumas aus seiner Kantorstelle gab ihm Gelegenheit, das Litauertum unter den Evangelischen noch eifriger zu verbreiten. Zuverlässige Information.

3) *Apygarda* Panevėžys, Bulletin Nr. 23, 3.3.1934 – S. 525 f. Juden. Am 23.12.1933 hatte der Militärkommandant von Panevėžys den DOMBO Ovsejus mit 3000 Lt. oder 2 Monaten Gefängnis für den Besitz und die Verbreitung illegaler Boykottaufrufe gegen deutsche Waren bestraft. Dombo hatte beim Herrn Verteidigungsminister ein Gesuch auf Straferlaß eingereicht. Ungeachtet dessen, daß der Herr Minister die Strafe halbierte, bezahlte er – DEMBO (sic) die Strafe nicht. Er will als Märtyrer dastehen und ins Gefängnis. Dieser Tage wird er ins Gefängnis von Panevėžys zur Strafverbüßung eingeliefert. Zuverlässige Information.

Willi…) sollen nur wiederhergestellt werden, wo die Person allgemein bekannt ist.- K.F. Quelle für III. Kap.: LCVA 378-3-3426.

4) *Apygarda* Šiauliai, Bulletin Nr. 43, 3.3.1934 – S. 514 f. Deutsche. Tauragė. Die Deutschen von Tauragė bemühen sich, in Tauragė eine deutsche Privatschule einzurichten, können dies aber wegen Fehlens geeigneter Räume nicht realisieren. Sie haben bereits einige Räumlichkeiten bezeichnet, die der Schulinspektor aber alle als ungeeignet abgelehnt hat. Die Deutschen sind deshalb sehr unruhig und unternehmen über den 'KV' alle Anstrengungen zur Eröffnung der Schule. Auf die Lehrerstelle wünschen sie sich JASULAITYTĖ. Dieser Tage erhielt Jasulaitytė aus dem 'KV' in Kaunas einen von Cerpinsky unterschriebenen Brief, in dem dieser schreibt, der 'KV' habe wieder Räumlichkeiten für die neue Schule bezeichnet und vom Schulinspektor Mitteilung erhalten, die Besichtigung finde am 6.3. statt. Abschrift des Briefes: 'Kulturverband der Deutschen Litauens. Kaunas, den 28.II.34. An den Vorstand der Ortsgruppe Tauroggen. Wie uns soeben vom Tauroggener Kreisschulinspektor mitgeteilt wird, soll die Besichtigung (…) den 6. März um 10 Uhr morgens stattfinden. Da es uns nicht bekannt ist, ob Ihnen ebenfalls eine diesbezügliche Meldung zugegangen ist, so geben wir die Nachricht hiermit weiter. Am Montag, voraussichtlich abends, treffe ich in Tauroggen ein. Mit deutschem Gruß /-/ Cerpinsky. Nach Meinung des Schulinspektors von Tauragė wäre es nicht notwendig, den Deutschen in Tauragė die Gründung einer Privatschule zu erlauben. Die deutschen Kinder, die in eine Schule wollen, können die schon bestehende Schule besuchen, in der es Deutschunterricht gibt, und wenn die Schule zu klein sein sollte, dann könne man ein zweites Komplekt einrichten. Dieser Meinung sind auch die evangelischen Litauer. Zuverlässige Information.

Angestellte. Nachdem einer der Anwesenden vorgeschlagen hatte, die Zeitung *'Mūsų kraštas'* zu abonnieren, begann am 13.1. dieses Jahres der Betriebswirt (*ūkio vedėjas*) des Krankenhauses Tauragė, Grigorius-Grigalius KISIELIUS, beim Abendessen und vor Zeugen auszuführen, diese Zeitung sei eine Stütze der Staatsmacht und außer den *Tautininkai*-Versammlungen stehe nichts von Wert darin. Wenn man es gerecht betrachte, sei jeder einfache Dorfbauer besser als ein *tautininkas*, denn wenn er den *Tautininkai* auch nicht beitrete, wolle er doch nicht, daß Fremdvölkische das Sagen haben. In Wallung gekommen, sagte er: 'Die Staatsmacht, die du unterstützt, hat kürzlich einen Menschen für das Aushängen einer Fahne zu 6 ½ Jahren verurteilt, ist das vielleicht Gerechtigkeit?" – es gebe keine Gleichheit vor dem Gesetz. Die Priester halten in der Kirche komplette staatsfeindliche Reden, und die katholischen Zeitungen schreiben, die Staatsmacht sei nicht in den Händen, in die sie gehört. Die Unterschlagung von Staatsgeldern lohnt sich für die *Tautininkai* – nach ein paar Monaten Gefängnis wieder auf hohe Posten. Und ein Kommunist, der sich gegen solche Ungerechtigkeiten wehren will, wird sogar erschossen. Die *Tautininkai*-Ideologie (*tautiškumas*) sei bloß eine Seifenblase und werde platzen. Neben der Staatsmacht müsse es auch ein Parlament geben, und da dieses fehlt,

ist auch die Macht illegitim. In dieser Angelegenheit wurde eine Ermittlung befohlen. Zuverlässige Information. Resolution: Dem Direktor des Gesundheitsdepartements mitteilen. 5.III. HD (oder AP – Augustinas Povilaitis? – K.F.).

5) *Apygarda* Klaipėda, Bulletin Nr. 60, 4.3.1934 -S. 507 f. Deutsche. Walgahn sagt, es sei unmöglich, die Tätigkeit der *saugumo policija* zu behindern. Landesdirektor Walgahn hat sich detailliert nach dem Wirken der VSP erkundigt. Er erklärte, nun werde es keine Möglichkeit mehr geben, deren Arbeit zu behindern, denn diese sei auch im neuen *Gesetz zum Schutz von Volk und Staat* vorgesehen, das bald im Gesetzblatt des Gebiets veröffentlicht werde. Zuverlässige Information.

6) *Apygarda* Ukmergė, Bulletin Nr. 28, 5.3.1934 – S. 484 f. Polnische Aktivitäten. Am 1.3. dieses Jahres bestrafte der Kreisvorsteher Ukmergė folgende polnische Aktivisten: 1. Viktorija Jankūnaitė wohnhaft im Kreis Ukmergė (…), gegen die wegen geheimen Polnischunterrichts und 'Verhetzung eines Teils der Öffentlichkeit gegen den anderen' ermittelt wurde – Verbannung für die gesamte Zeit des Kriegsrechts an ihren Herkunftsort – Kreis Raseiniai (…), 2. Augustinas Valeika wohn. im Kreis Ukmergė (…), gegen den wegen 'Verhetzung eines Teils der Öffentlichkeit gegen den anderen' ermittelt wurde, erhielt eine Strafe von 25 Lt. oder 10 Tagen Arrest. (…) Zu einer Abendveranstaltung der Polen von Ukmergė am 13.2. d. J. war auch Čyžaitė aus Kaunas angereist, die im *'Sparta'*-Klub mit Balys Imbrasas über diejenigen Personen sprach, die wegen ihres Polentums Schaden erlitten hatten. Die Polen würden nun derart unmenschlich abgestraft, daß selbst eine Delegation von ihnen nichts von Wert habe bewirken können. Die Delegation habe den Bildungsminister besucht, der ihr aber überhaupt nichts erklärt. Später habe man beim Verteidigungsminister die Antwort bekommen, der geheime Unterricht sei streng verboten und solche Schulen würden überwacht. Man könne 2-3 Kinder unterrichten, aber nur von denselben Eltern und nicht aus mehreren Häusern. Später erzählte Čyžaitė, daß in Kaunas eine Lehrerin Kindern geheimen Polnischunterricht erteile, aber nicht gefaßt werde. Sie führt offenbar die Kinder nach Ende des regulären Unterrichts in das polnische Gymnasium und unterrichtet sie dort wie sie will. Niemand könne dort ahnen, daß die Kinder geheim unterrichtet werden. Zuverlässige Information.

Aktivitäten jüdischer Organisationen. Über die Zionisten der Stadt Ukmergė. Der Zionismus ist die weltweite Nationalorganisation der Juden mit den zwei wichtigsten Zweigen: 1. Zionisten Revisionisten, die sich in die Žabotinski- und die Grosman-Anhänger unterteilen, und 2. Die '*Poalei* Zionisten' /Zionisten Sozialisten/, die im vergangenen Jahr aus einem Zusammenschluß der Organisationen '*Poalei zion'*, '*Ceiri zion*' und '*Cisochdut*' hervorgegangen sind. Wenn sich auch die Zionisten Revisionisten und die sozialistischen Zioni-

sten als Zionisten bezeichnen, deren Ziel die Gründung eines Judenstaates in Palästina ist, so ist ihre Vorgehenstaktik für die Ordnung des jüdischen Palästina doch völlig entgegengesetzt. Sie hassen einander sehr und führen einen harten Kampf, denn beide wollen die ganze zionistische Bewegung in ihre Hand bekommen. Die Zionisten Revisionisten sind die jüdischen Nationalisten-Faschisten, und ihre Organisation ist auf der Grundlage des Faschismus verfaßt. Zu ihnen gehören die Reicheren und die besitzende gesellschaftliche Schicht, während die jüdischen Arbeiter und Handwerker die Zionisten Sozialisten bilden. Die Zionisten Sozialisten haben mehr Mitglieder als die Revisionisten, jedoch sind letztere weit besser organisiert. Außerdem gibt es die 'Allgemeinen Zionisten'. In der Stadt Ukmergė sind die Allgemeinen Zionisten recht reich. Sie haben hier ein Komitee (…). Diese Organisation hat in Ukmergė 120 Mitglieder. Die Mitglieder verkaufen sogenannte '*skolim*'-Märkchen und Kärtchen. Das Kärtchen selbst heißt '*sekel*' und kostet 2 Lt. Wer 11 '*sekel*' besitzt, erhält das Stimmrecht beim Zionistenkongreß. Die Allgemeinen Zionisten suchen das gesamte jüdische Leben in ihre Hand zu bekommen, und man muß sagen, daß sie unter den Juden Litauens die Hegemonie innehaben, sowohl im jüdischen öffentlichen Leben als auch in nationaler Hinsicht. Sie bemühen sich stets, loyale Bürger der Staaten zu sein, in denen sie leben. Sie führen auch einen hartnäckigen Kampf mit linken jüdischen Gruppen, den Marxisten. Sie sind scharf antibolschewistisch eingestellt. Die Allgemeinen Zionisten geben die Zeitung *'Die Ideše Štime'* heraus. Für die jüdische Jugend existiert die separate *'Beiter'*-Organisation, die Kinder ab 10 Jahren aufnimmt. In der Stadt Ukmergė gibt es ca. 60 Revisionisten, mit zwei Klubs: einen für die Älteren und einen für die Jugend. (…) Dreimal wöchentlich halten sie militärische Übungen ab. Sie lernen das Exerzieren, üben Angriff und Verteidigung, den Umgang mit dem Gewehr /dafür haben sie Holzgewehre hergestellt/. Eingeteilt sind sie in Gefreite, Obergefreite, Unteroffiziere und Offiziere. Nur die *'Beiter'*-Mitglieder nehmen an diesen Übungen teil; die Älteren leisten lediglich materielle Unterstützung. Ab 17-18 J. legen die *'Beiter'*-Mitglieder einen Eid ab, alles beruht bei ihnen auf Disziplin, und sie kämpfen hartnäckig gegen die Marxisten. Ihre Losung ist 'Es lebe der Knüppel'[55] und dem 'Es lebe das Proletariat' entgegengesetzt. Die Zionisten Revisionisten wollen den in London befindlichen jüdischen Nationalfonds in ihre Hand bekommen. Mit diesem Geld wollen sie sich gut bewaffnen und mit all denen den Kampf aufnehmen, die ihnen im Weg stehen, wie Arabern, jüdisch-marxistischen Organisationen und allen übrigen, wenn sie nur ihrer Bewegung hinderlich sind. Die *'Beiter'*-Organisation hat ihre eigene Uniform und Fahne. Zuverlässige Information.

[55] *'Lai gyvuoja buožė'* – die litauische Entsprechung für *kulak*.

7) *Apygarda* Klaipėda, Bulletin Nr. 62, 5.3.1934 – S. 478. Deutsche. Die *'Volkspartei'* bemüht sich, in ganz Litauen eine gemeinsame Front herzustellen. Von seiten der 'VP' werden immer öfter Forderungen laut, zusammen mit den Deutschen Großlitauens eine gemeinsame Front zu gründen und sich zu einer Minderheit zu erklären, denn dann werde man sich an den Völkerbund wenden können. Es sei klar geworden, daß die Autonomie so oder so allmählich verschwinde, und deshalb müsse man einen anderen Ausweg suchen. Zuverlässige Information.

8) *Apygarda* Šiauliai, Bulletin Nr. 64, 6.3.1934 – S. 476. Deutsche. Im Kreis Raseiniai war am 24.2. Konstantin Cerpinsky aus Kaunas nach Lydavėnai angereist und überprüfte als Schulinspektor die deutsche Privatschule. Bei einem Gespräch mit den Schülern sagte er, wir können uns nicht oft sehen, weil wir behindert werden. Er sagte, sobald er eine Versammlungserlaubnis bekomme, werde er anreisen, da er viel mit den erwachsenen Mitgliedern des Jugendvereins zu besprechen habe. Cerpinsky wohnte beim Schullehrer von Lydavėnai, J. Kossmann. Lehrer Kremer von der Privatschule in Raseiniai sagte, er wolle für seine Schüler ein Wohnheim einrichten, aber jetzt sei es mit den Finanzen schlecht. Der 'KV' könne für das Wohnheim keine Mittel geben, denn jetzt, wo aus dem Deutschen Gymnasium in Kaunas die Juden ausgetreten seien, hätten sich die Einnahmen des 'KV' vermindert und das Geld fehle. Kremer sagt, trotzdem habe ihm der 'KV' das Geld versprochen, und Kremer will, daß die Einwohner sich wenigstens mit Arbeitseinsatz am Wohnheim-Bau beteiligen. Derzeit bringen die Deutschen auch aus der Umgegend ihre Kinder, die Kremer auf die Konfirmation vorbereitet. Kremer hält in der deutschen Kirche auch den Gottesdienst. Zuverlässige Information.

9) *Apygarda* Ukmergė, Bulletin Nr. 29, 7.3.1934 – S. 496. Polnische Aktivitäten. Kreis Ukmergė, Gemeinde Žibalai, 16.2.1934 (Unabhängigkeitstag – K.F.): (…) und dann übergaben alle Teilnehmer – die echten Litauer und die Polnischsprachigen – dem Pfarrer eine Bittschrift, daß die Gottesdieste in der Gemeindekirche Žibalai nur auf litauisch gehalten werden sollen. Der Pfarrer fragte, wer gegen diesen Vorschlag sei, aber es fand sich nicht ein einziger. Als allerdings später einigen Polen klar wurde, daß sie einen Fehler gemacht hatten, und sie sahen, daß die polnischen Gottesdienste möglicherweise hinausgedrängt würden, da unternahmen sie Schritte (…). In der Bittschrift stand, daß der Bischof den Polen das Recht belassen möge, drei Wochen hintereinander polnische Gottesdienste zu halten, und nur eine Woche (im Monat – K.F.) für litauische Gottesdienste belasse. Für die Bittschrift sammelten die Polen ca. 1000 Unterschriften und übergaben sie dem Bischof. Als die lokale Polizei erfuhr, daß Pranas Viskunas und andere agitieren und einen Teil der Öffentlichkeit gegen den anderen verhetzen, da nahmen sie bei ihnen Durchsuchungen vor und führten eine Ermittlung durch. Zuverlässige Information.

10) *Apygarda* Marijampolė, Bulletin 37, 7.3.1934 – S. 462 f. Lokale Deutsche. Am 21.1. dieses Jahres gründete Bürger Kalvaitis Jonas im Kreis M. die 'KV'-Abt. Šilavas-Svetlica. Damals arbeitete er in der Mühle bei Bürger Šmulkštys Petras (…). Während er dort arbeitete, sprach er oft am Telefon auf deutsch mit dem 'KV'-Geschäftsführer Kossmann in Kaunas. Als Šmulkštys erfuhr, daß Kalvaitis tatsächlich Deutscher ist, entließ er ihn aus der Mühle. Soweit bekannt, versprach 'KV'-Geschäftsführer Kossmann dem Kalvaitis Jonas, für ihn Arbeit in einer Druckerei in Kaunas zu finden. K. lebt derzeit von Gelegenheitsarbeit und scheinbar aus Ersparnissen. Zuverlässige Information. (…) Der ehemalige Schüler im I. Kurs des Lehrerseminars Marijampolė Heidrikas Bruno, wohnhaft in Marijampolė, bereitet sich jetzt bei dem Studenten Milenski auf die VII. Klasse vor. Der erwähnte H. ist evangelisch. In seiner Familie hat und liest man die Zeitung *'Deutsche Nachrichten.'*. Heidrikas Bruno besucht den deutschen Kirchenchor. Sein tatsächlicher Bruder ist der Luftwaffenoffizier Heidrikis. Die *'Deutschen Nachrichten'* bezieht auch Gerchardas Paulius aus Marijampolė, Schüler im IV. Kurs des Lehrerseminars, der ebenfalls den deutschen Kirchenchor besucht. Zuverlässige Information.

11) *Apygarda* Panevėžys, Bulletin Nr. 27, 8.3.1934 – S. 453 f. Allgemeines. An Markttagen halten in Panevėžys lokale Juden in einigen Straßen der Stadt und auf allen Straßen außerhalb der Stadt die zum Markt fahrenden Bauern an und kaufen alle möglichen Wirtschaftserzeugnisse auf. Natürlich kaufen die Juden so alles viel billiger als auf dem Markt. An einigen Stellen außerhalb der Stadt haben die Juden sogar Aufkaufsstellen eingerichtet und dazu Räume gemietet oder Buden aufgestellt, wo sie die gekauften Sachen zwischenlagern. Über dieses Verhalten der Juden sind die Städter sehr erbost, die auf dem Markt oft die nötigen Produkte nicht bekommen, weil die Juden alles schon auf dem Weg zusammengekauft haben. Später diktieren die Juden für die zusammengekauften Produkte die Preise, und die Städter müssen ordentlich draufzahlen. Dieser Preisaufschlag geht in die Taschen der Juden, die dem Staat dafür keinerlei Steuer zahlen. Auch die Bauern sind böse, weil sie von den Juden belästigt, angehalten und regelrecht terrorisiert werden. Im übrigen schwätzen die Juden allerhand an sie, betrügen sie und stehlen vielen die Zeit, indem sie den Straßenverkehr behindern. P.S.: Der Kreisvorsteher von Panevėžys hat entsprechende Nachricht erhalten. (Resolution:) Dem Direktor des Departements für Selbstverwaltungen berichten. Weisen Sie darauf hin, daß das nicht nur in Panevėžys sondern auch andernorts gemacht wird. 10. III. 34 HD (AP-?).

12) *Apygarda* Klaipėda, Bulletin Nr. 66, 9.3.1934. Selbstverwaltungen. (Landtagssitzung v. 9.3.34; das *Gesetz zum Schutz von Volk und Staat* wird beraten): (…) Um seinen Vorschlag zu begründen, hielt der Abgeordnete Gubba eine lange Rede. Seiner Ansicht nach berührt das Gesetz die Bevölkerung des Memelgebiets nicht in gleicher Weise. Die litauische Presse und Or-

ganisationen erhalten nämlich große Freiheit. Das ist mit dem Memelstatut unvereinbar. Seiner Ansicht nach sind die, die die Rechte der Bevölkerung des Gebiets verteidigen, keine Verräter am Staat, sondern nur Verteidiger der Autonomie. Weiter unterstrich er, daß sich dem *'Gesetz zum Schutz von Volk und Staat'* das ganze Volk mit nur geringen Ausnahmen widersetze. Seiner Ansicht nach hätten sich schon seit der Kolonisation die Litauer im Gebiet mit den Deutschen friedlich arrangiert. Mit den jüngsten Schritten können nicht nur die Deutschen des Gebiets nicht einverstanden sein, sondern auch diejenigen Litauer, die nach alter deutscher Kultur leben. Die Zentralregierung hat selber die im Autonomiestatut definierten Rechte anerkannt. Jetzt erläßt dieselbe Regierung andere Anordnungen, die dieselbe Bevölkerung, denen sie Autonomierechte garantiert hatte, ohne jeden Schutz lassen. Die volksdeutsche Bevölkerung bleibt rechtlos. Dasselbe widerfährt auch denen, die nach deutscher Kultur leben. Es wäre völlig zu rechtfertigen, wenn diese Maßnahmen zu Wahrung und Schutz der staatlichen Autorität angewandt würden, aber man kann nicht einverstanden sein, daß durch dieses Gesetz der andere Bevölkerungsteil rechtlos bleibt. Seiner Ansicht nach gilt dieses Gesetz als sehr heikel, weshalb es auch dem Landtag zur Beratung vorgelegt wird. Der Abgeordnete Meyer sagte, daß es schon früher zwischen dem Souverän und den Organen des Memelgebiets verschiedene Differenzen gegeben habe. Die Haltung des Souveräns wurde durchgezogen, jedoch im vom Statut gesetzten Rahmen. Die Stadt Memel ist kein gewöhnlicher Teil des Staates, sondern das Gebiet lebt nach ganz anderen Sitten und Kultur. Um diese Eigentümlichkeiten zu schützen, erhielt man die Autonomie, diesen teueren Besitz des Memelgebiets. Was diese betrifft ist die Bevölkerung sehr empfindlich, was auch die letzten Landtagswahlen gezeigt haben. Die deutsche und die litauische Bevölkerung des Gebiets sind durch Blut, Kultur und Glauben verbunden, und diese Bande darf man nicht zerreißen. Wie schon einer ganzen Reihe von Versuchen zur Spaltung der Einheit der Bevölkerung, so ist die Bevölkerung auch diesem Gesetz begegnet. Schon das Kriegsrecht wurde im Memelgebiet angeblich der Sicherheit des Staates wegen eingeführt, aber in Wirklichkeit berührt es auch die Kompetenzen der Autonomieorgane. Jetzt wird das Kriegsrecht schließlich per Gesetz legalisiert. Um seine Autorität zu schützen, kann der Staat tun was er will; aber dennoch kann man nicht einverstanden sein, daß die Memelautonomie nur illusorisch bleibt. Es heißt, das Gesetz sei entsprechend Paragraph 33 des Statuts erlassen worden, jedoch sieht der erwähnte Paragraph ein solches Recht nicht vor. Die verhafteten Einwohner des Gebiets werden nach Großlitauen gebracht (Zwischenruf: *'Na, oder sie bringen sie nach Deutschland'*, Meyer: *'Nein, sie dürfen im Memelgebiet bleiben.'*). Heikle und wichtige Fragen haben uns zu ernster Sorge gezwungen. Wir haben dies auch dem Memelgouverneur vorgetragen. Wir wollten eine Audienz beim Herrn Präsidenten der Republik,

aber unsere Bemühungen blieben fruchtlos. Uns wurde gesagt, wir hätten nichts mit dem Herrn Präsidenten der Republik zu besprechen. Das erledigt der Herr Gouverneur. Am Ende seiner Rede erklärte Meyer, er, wie auch die anderen Abgeordneten, sei geschickt worden, um die Rechte der Bevölkerung zu verteidigen, und er wolle dies legal im Landtag tun. Abgeordneter Kybrancas (litauische Fraktion) gab seiner Überraschung Ausdruck, daß die Vertreter der deutschen Fraktionen einen solchen Sturm entfachten; dabei sei von ihnen ja noch keiner von dem Gesetz betroffen. In das Gefängnis Bajorai gerät eine ganze Reihe von Personen, die sich entschlossen hat, das Memelgebiet Litauen mit der Waffe zu entreißen. Und wenn sich die Herren Abgeordneten Gubba und Meyer in Deutschland dazu entschlossen hätten, des Staatsverrats angeklagte Personen zu schützen, fänden sie sich morgen schon wer weiß wo. In der Tat gab es sogar verschiedene Unruhen, aber all dies vor der Einführung des Sicherheitsgesetzes. Eine Terroristengruppe war aufgetaucht, die ohne Unterlaß die Bevölkerung des Gebiets terrorisierte, irgendwelche militärischen Übungen abhielt, aber das Direktorium hat keinerlei Anstrengungen unternommen, dagegen einzuschreiten. Im Gegenteil, in manchen Fällen entschloß es sich, diese zu verteidigen. (…)

13) *Apygarda* Marijampolė, Bulletin 42, 13.3.1934 – S. 413 f. Lokale Deutsche. Im Bezirksgericht von Kybartai arbeitet seit Ende 1933 Masevskaitė Edita als Praktikantin. Sie hat in Kybartai die Mittelschule des 'KV' abgeschlossen, ist deutscher Gesinnung und gilt in der Öffentlichkeit als Deutsche. Allerdings wurde sie bei keiner aktiven Eindeutschungsarbeit beobachtet. Ihr Vater Masevskis Edvardas aus Kybartai gilt vor Ort als Deutschtümler und spricht in seiner Familie ausschließlich deutsch. Die lokalen Litauer sind gegen die Aufnahme von Deutschen in staatliche Institutionen. Zuverlässige Information (…).

14) *Apygarda* Klaipėda, Bulletin Nr. 69, 13.3.1934 – S. 407 f. Deutsche. (Gespräch zwischen *VSP-rajonas*-Chef von Šilute/Heydekrug und dem Kreisvorsteher Baldžius beim Bier:) 'Diese Leute (Gubba u. Conrad) bemerkten damals, man müsse jedes Volk achten, und damals waren sie den Litauern viel besser gesonnen als den Polen oder Franzosen. Aber mit der Zeit mußten sie sich ändern'.

15) *Apygarda* Ukmergė, Bulletin Nr. 30, 13.3.1934 – S. 402 f. Polnische Aktivität. Die Polen freuen sich, daß die Litauer ihre verschuldeten Güter nicht aufkaufen. Der Rechtkonsultant der '*Pochodnia*'-Zentrale Jonas KOSSKA, Besitzer des Gutes Paširvinčiai im Kreis Ukmergė, Amtsbezirk Širvintos, nennt die Litauer kurzsichtig, weil sie nur die ganz kleinen polnischen Aktivisten sehen, nicht aber die großen. Und falls sie die Größeren einmal sehen, dann finden sie nicht die Mittel, sie und damit die polnischen Aktivitäten loszuwerden. Als Beispiel nennt er sich selber. Er sei der Polenbank eine große Summe

schuldig gewesen, und da habe die Bank Vollstreckung eingeleitet. Sein Gut sei bewertet und für 50000 Lt. zur Versteigerung angeboten worden, aber am Tag der Versteigerung habe sich nicht ein Käufer gezeigt. Eine zweite Versteigerung wurde ausgeschrieben und der Preis des Guts auf 25000 Lt. herabgesetzt, aber auch da fand sich kein einziger Käufer. Einige Litauer mit je 10000-15000 Lt. hätten an der Versteigerung teilgenommen, sich aber nicht getraut, die volle Summe zu bieten. Nach dem Gesetz habe die Bank jetzt, da sich auch bei der 2. Versteigerung kein einziger Käufer fand, an seinen Besitz keine Forderungen mehr, und seine Residenz bleibe ihm. Er sagte, hätten Litauer sein Gut gekauft, dann wäre ein 'Polonisierungspunkt' völlig auseinander genommen worden und die Polen hätten großen Schaden erlitten. Andere Gutsbesitzer erwartet schon ein ähnliches Schicksal. Dieses Frühjahr wird das Gut Sesuoliai der bekannten polnischen Aktivistin Untulienė versteigert. Kosska sagt, wenn der Staat den Litauern nur helfen würde, polnische Güter zu erwerben, dann würde die Mehrheit der Polen in diesen Krisenzeiten ihren Besitz verlieren. Sie müßten sich dann aus den polonisierten Orten zurückziehen, und das polonisierte einfache Volk müßte sich an die Litauer anpassen. Zuverlässige Information.

Aktivitäten der jüdischen Organisationen. Über die *'Organisation der Jüdischen Reservesoldaten'*. Derzeit hat sich eine Union der jüdischen Reservesoldaten gebildet. Über sie ist zu sagen, daß viele jüdische Freiwillige und Mobilisierte von Anfang 1919 bis 1921 Kommunisten waren und in die Armee nur aufgrund eines Befehls des ZK der LKP eingetreten sind, um mit Hilfe der Armee in Litauen einen Umsturz herbeizuführen. Im Zusammenhang damit kam es 1920 zum Aufstand von Panemunė und anderen Armeeunruhen. Die derzeitige Union der jüdischen Reservesoldaten ist mit großer Vorsicht zu betrachten, denn ihr gehören zahlreiche Ex-Kommunisten, Bundisten und Sozialrevolutionäre an. (…) Die Losung der *'Organisation der Jüdischen Reservesoldaten'* lautet, der jüdische Soldat müsse zum Schutz der Angelegenheiten des jüdischen Volkes auf der Wacht stehen und auf alles Unerwartete gefaßt sein. Wenn diese Union den Kommunisten in die Hände fällt, kann sie zu einer Avantgarde der kommunistischen Organisation werden. Das ist auch zu erwarten, denn diese Juden sind keine Zionisten oder Zionisten Revisionisten. In ihrer Mehrheit sind sie eher arm, denn damals traten die reicheren Juden nicht in die Armee ein, sondern emigrierten beizeiten. Diese Organisation begann sich zu organisieren, als sich in verschiedenen Ländern ein Antisemitismus bemerkbar machte. In der Stadt Ukmergė hat ihre Sektion ca. 120 Mitglieder, und sie wollen noch weitere Sektionen in den Kleinstädten des Kreises Ukmergė gründen. Zuverlässige Information. (Resolution:) Wegen der Sektion der Union der jüdischen Reservesoldaten in der Stadt Ukmergė fordere ich die Ausstellung eines entsprechenden operativen Befehls. Bei der Abfassung auch an die der *apygarda* vorliegenden Fakten denken, daß Kommunisten in diese

Union eindringen. Dem operativen Befehl die Statuten dieses Vereins beilegen. 14.III.34 HD (oder AP-Povilaitis? K.F.)

Quellen

Für diesen Aufsatz wurden Akten aus den Fonds 377 (Innenministerium der RL) und 378 (Staatsschutzdepartement) des Litauischen Zentralen Staatsarchivs (LCVA) benutzt.

Anhang

Gesetz zum Schutz von Volk und Staat

(Vyrriausybės Žinios – Gesetzblatt – Nr. 437 8. Februar 1934)

1

Wer das litauische Volk oder den Staat Litauen beleidigt oder verspottet, wird mit gewöhnlichem Gefängnis oder mit Gefängnis mit schwerer Arbeit bis zu vier Jahren bestraft.

2

Wer ein Symbol des Staates Litauen – den Vytis, die litauische Nationalflagge, Staatsflagge oder Militärflagge oder ein anderes Ding beleidigt oder verspottet, das seiner symbolischen Bedeutung wegen vom litauischen Volk oder dem litauischen Staat geachtet oder verehrt wird, der wird mit gewöhnlichem Gefängnis oder mit Gefängnis mit schwerer Arbeit bis zu vier Jahren bestraft.

3

Wer die Treue der Bürger Litauens zum Staat, ihre Einheit oder Widerstandsfähigkeit betreffs den Staat, oder das litauische Volksbewußtsein unterdrückt oder schwächt, wird mit gewöhnlichem Gefängnis bestraft. Wer dies als Beamter oder Angestellter des Staates, eines autonomen Gebiets dieses Staates oder einer anderen Organisation öffentlichen Rechts tut und sich dabei seiner Amtsgewalt bedient, der wird mit gewöhnlichem Gefängnis oder mit Gefängnis mit schwerer Arbeit bis zu vier Jahren bestraft.

4

Ein Bürger Litauens, der im Ausland Unterstützung gegen den litauischen Staat sucht oder mit dem Ausland eine Beziehung eingeht, mit der er seine Treuepflicht gegenüber dem Staat verletzt, wird mit Gefängnis mit schwerer Arbeit bestraft.

5

Ein Bürger Litauens, der ohne die Ermächtigung oder Erlaubnis eines kompetenten Organs der litauischen Regierung mit der Regierung eines fremden Staates, deren Organ oder Agenten, oder mit einer Organisation öffentlichen Rechts

eines fremden Staates über Angelegenheiten des litauischen Staates, eines autonomen Gebiets des litauischen Staates oder einer anderen Organisation öffentlichen Rechts Verhandlungen führt, sich berät oder Nachrichten austauscht, wird mit gewöhnlichem Gefängnis bestraft. Wenn diese Handlung dem Interesse des litauischen Staates in großem Masse schadet, wird der Schuldige mit Gefängnis mit schwerer Arbeit bestraft.

6

Ein Bürger Litauens, der einer ausländischen Organisation angehört, deren Ziele oder Tätigkeit nicht mit dem Interesse des litauischen Volkes oder litauischen Staates vereinbar sind, oder mit einer solchen Organisation Nachrichten austauscht, wird mit gewöhnlichem Gefängnis bestraft. Wenn dies dem Interesse des litauischen Staates oder dem Interesse des litauischen Volkes in großem Masse schadet, wird der Schuldige mit Gefängnis mit schwerer Arbeit bestraft. Mit denselben Strafen und auf derselben Grundlage wird auch derjenige Bürger Litauens bestraft, der solche Handlungen im Ausland begeht, ebenso ein Nichtbürger Litauens, der sich in Litauen aufhält und für eine solche Organisation arbeitet.

7

Personen, die in Litauen eine Organisation leiten, die wiederum einer Organisation im Ausland angehört, deren Ziele oder Tätigkeit mit dem Interesse des litauischen Staates oder dem Interesse des litauischen Volkes unvereinbar sind, oder die mit einer solchen ausländischen Organisation Nachrichten austauscht, werden mit Gefängnis mit schwerer Arbeit bestraft. Personen, die in Litauen einer solchen Organisation angehören, werden mit gewöhnlichem Gefängnis bestraft.

8

Ein Bürger Litauens, der ohne die Erlaubnis des Verteidigungsministeriums in den Militärdienst eines fremden Staates eintritt oder ein Versprechen abgibt, in den Militärdienst eines fremden Staates einzutreten, wird mit gewöhnlichem Gefängnis oder mit Gefängnis mit schwerer Arbeit bis zu vier Jahren bestraft.

9

Ein Beamter oder Angestellter des Staates, eines autonomen Gebiets oder einer anderen Organisation öffentlichen Rechts, der ein staatliches Gesetz nicht ausführt und damit dessen Autorität verneint, wird mit gewöhnlichem Gefängnis oder mit Gefängnis mit schwerer Arbeit bis zu vier Jahren bestraft.

10

Ein Beamter oder Angestellter des Staates, eines autonomen Gebiets oder einer anderen Organisation öffentlichen Rechts, der die Anforderungen eines kompetenten Staatsorgans nicht ausführt, wird, sofern dies dem Interesse des litaui-

schen Staates schadet, mit gewöhnlichem Gefängnis oder mit Gefängnis mit schwerer Arbeit bis zu vier Jahren bestraft.

11

Ein Beamter oder Angestellter des Staates, eines autonomen Gebiets oder einer anderen Organisation öffentlichen Rechts, der seine Amtsgewalt dahingehend nutzt, daß dadurch die Einstellung anderer Personen oder deren Wille in einer öffentlichen Angelegenheit im Widerspruch zum Interesse des litauischen Staates oder des litauischen Volkes beeinflußt werden kann, wird mit gewöhnlichem Gefängnis bestraft.

12

Wer eine wirtschaftliche Beziehung benutzt, materiellen Nutzen verspricht oder gewährt oder Betrug, physischen oder psychischen Zwang in einer Weise anwendet, daß dadurch die Einstellung anderer Personen oder deren Wille in einer öffentlichen Angelegenheit im Widerspruch zum Interesse des litauischen Staates oder des litauischen Volkes beeinflußt werden kann, wird mit gewöhnlichem Gefängnis bestraft.

13

Der Leiter einer Kreditanstalt, eines Transportunternehmens, eines Versicherungsunternehmens oder eines anderen Handelsunternehmens oder auch einer Genossenschaft, oder ein anderer Bevollmächtigter einer solchen Einrichtung, der deren Tätigkeit benutzt, um politischen Einfluß auszuüben, der im Widerspruch zum Interesse des litauischen Staates oder des litauischen Volkes steht, wird mit gewöhnlichem Gefängnis oder mit Gefängnis mit schwerer Arbeit bis zu vier Jahren bestraft.

14

Wer einen Aufstand oder andere für den Staat gefährliche Unruhen hervorruft, wird mit gewöhnlichem Gefängnis oder Gefängnis mit schwerer Arbeit bestraft.

15

Wer in Wort, Schrift oder auf beliebige andere Weise agitiert oder Propaganda betreibt, die zu Handlungen aufruft, die dem Interesse des litauischen Staates oder des litauischen Volkes schaden können, der wird mit gewöhnlichem Gefängnis bestraft. Wer agitiert oder Propaganda betreibt, die zu Handlungen aufruft, die dem Interesse des litauischen Staates oder dem Interesse des litauischen Volkes in großem Masse schaden können, der wird mit Gefängnis mit schwerer Arbeit bestraft.

16

Wer eine unzutreffende oder verfälschte Nachricht über die Tätigkeit eines Organs der Staatsmacht oder einer staatlichen Einrichtung verbreitet oder öf-

fentlich bestätigt, wird, wenn dies deren Autorität beeinträchtigt, mit gewöhnlichem Gefängnis bestraft.

17

Wer eine Druckschrift herausgibt und deren Herausgabe vor der Staatsgewalt verbirgt, oder die Herausgabe eines von der Staatsgewalt geschlossenen und eingestellten periodischen Druckerzeugnisses fortsetzt, oder unter einer neuen Bezeichnung eine Druckschrift herausgibt, die als Fortsetzung einer von der Staatsgewalt geschlossenen und eingestellten periodischen Druckschrift gelten kann, der wird mit gewöhnlichem Gefängnis bestraft. Mit derselben Strafe wird auch derjenige belegt, der eine solche Druckschrift verbreitet, ebenfalls derjenige, der eine solche Druckschrift besitzt, sofern ihr Besitz dem Interesse des litauischen Staates oder dem Interesse des litauischen Volkes schaden kann.

18

Wer eine Druckschrift verbreitet, deren Einfuhr aus dem Ausland verboten ist, und ebenfalls derjenige, der eine solche Druckschrift besitzt, sofern ihr Besitz dem Interesse des litauischen Staates oder dem Interesse des litauischen Volkes schaden kann, der wird mit gewöhnlichem Gefängnis bestraft.

19

Der Herausgeber und der Redakteur einer Druckschrift, deren Herausgabe völlig oder zum Teil mittels ausländischer Geldmittel, Subsidien oder anderer Unterstützung materieller Art erfolgt, werden, sofern diese Unterstützung die Druckschrift in eine dem Interesse des litauischen Staates oder den Interessen des litauischen Volkes zuwider laufende Richtung beeinflussen kann, ein jeder mit einer Geldstrafe bis zu zwanzigtausend Litas oder mit gewöhnlichem Gefängnis belegt.

20

Personen, die eine Organisation leiten, die in ihrer Tätigkeit ausländische Geldmittel, Subsidien oder andere Unterstützung materieller Art verwendet, werden, sofern diese Unterstützung die Organisation in eine dem Interesse des litauischen Staates oder dem Interesse des litauischen Volkes zuwider laufende Richtung beeinflussen kann, ein jeder mit einer Geldstrafe bis zu zwanzigtausend Litas oder mit gewöhnlichem Gefängnis belegt.

21

Wer einer Organisation angehört, deren Existenz, Aufbau, Ziel oder Tätigkeit vor der Staatsgewalt verborgen werden, oder wer sich an der Tätigkeit einer solchen Organisation beteiligt, oder wer die Arbeit einer von der Staatsgewalt geschlossenen Organisation fortsetzt, der wird mit gewöhnlichem Gefängnis

bestraft. Wenn seine Tätigkeit dem Interesse des litauischen Staates in großem Maße schadet, wird der Schuldige mit Gefängnis mit schwerer Arbeit bestraft.

22

Wer ausländische Staatsflaggen, Nationalflaggen oder Fahnen von ausländischen Organisationen, Uniformteile oder Erkennungszeichen oder solche Gegenstände, die diese abbilden, trägt, zur Schau stellt oder anderweitig verwendet, verbreitet oder besitzt, wird, sofern ihre Verwendung, Verbreitung oder Besitz den Interessen des litauischen Staates schaden kann oder das litauische Nationalgefühl beleidigen kann, mit einer Geldstrafe bis zu fünftausend Litas oder mit Arrest bestraft.

23

Wer ohne die nötige Erlaubnis eine Schußwaffe oder deren wesentlichen Teil, Munition, Sprengstoff, giftige Substanzen oder andere Stoffe, die zerstörend oder tödlich wirken, oder eine Vorrichtung zu deren Anwendung oder deren wesentlichen Teil, erwirbt, besitzt oder herstellt, wird, sofern dies eine Gefahr für das Leben, die Gesundheit oder das Eigentum einer Vielzahl von Menschen darstellen oder den Interessen des litauischen Staates schaden kann, mit gewöhnlichem Gefängnis oder mit Gefängnis mit schwerer Arbeit bestraft.

24

Wenn die nach dem vorliegenden Gesetz unter Strafe stehende Straftat zugleich eine Handlung einer Organisation darstellt, die nicht aufgrund des öffentlichen Rechts besteht oder das Ergebnis der Handlung einer solchen Organisation darstellt, dann wird diese Organisation geschlossen, und ihr Vermögen kann konfisziert werden.

25

Wenn die nach dem vorliegenden Gesetz unter Strafe stehende Straftat im Rahmen einer periodischen Druckschrift erfolgt, werden der Redakteur der Druckschrift und der Autor des verbrecherischen Textes bestraft. Wenn die nach dem vorliegenden Gesetz unter Strafe stehende Straftat im Rahmen einer nicht periodischen Druckschrift erfolgt, wird der Autor des verbrecherischen Textes bestraft, oder, sofern der Autor unbekannt ist, der Herausgeber der Druckschrift. Die Druckschrift wird konfisziert. Sofern es sich um eine periodische Druckschrift handelt, wird sie darüber hinaus auch geschlossen.

26

Die Vorbereitung und der Versuch einer unter dem vorliegenden Gesetz strafbaren Handlung sind strafbar. Sie unterliegen derselben Strafe, die für die Ausführung der Straftat selbst festgesetzt ist.

27

Wer zu einer Straftat im Sinne dieses Gesetzes anstiftet, bei ihrer Ausführung behilflich ist oder sich zur Hilfe bei ihrer Ausführung bereit erklärt, wer bei der Vorbereitung oder dem Versuch der Ausführung einer solchen Straftat behilflich ist oder auf eine andere Weise an ihr beteiligt ist, macht sich strafbar, selbst wenn die Straftat, an der er beteiligt ist, nicht zur Ausführung kommen sollte. Er wird folgendermaßen bestraft: wenn die Straftat, an der er beteiligt ist, ausgeführt wird, wird dieselbe Strafe verhängt, die für die Ausführung der Straftat selbst festgesetzt ist. Wenn die Straftat nicht zur Ausführung kommt, wird bis zur Hälfte der für die Ausführung der Straftat festgesetzten Strafe verhängt.

28

Wird die Absicht zu einer unter dem vorliegenden Gesetz strafbaren Tat bekannt, so ist sie strafbar. Die Absicht zur Straftat wird mit einer Strafe belegt, die bis zu einem Drittel der von diesem Gesetz für die Ausführung der beabsichtigten Straftat festgesetzten Strafe beträgt.

29

Eine Person, die unter diesem Gesetz mit gewöhnlichem Gefängnis bestraft wurde, geht derselben Rechte verlustig wie eine Person, die die mit Gefängnis mit schwerer Arbeit bestraft wurde.

30

Für Prozesse betreffend unter dem vorliegenden Gesetz strafbare Handlungen werden die Paragraphen 1030-1061 der Strafprozeßordnung angewandt, sofern das vorliegende Gesetz nichts anderes bestimmt.

31

Die Ermittlungen betreffend unter dem vorliegenden Gesetz strafbarer Handlungen führt die Staatssicherheitspolizei oder notwendigenfalls eine andere Polizei des Staates durch.

32

In denjenigen Prozessen, die unter dem vorliegenden Gesetz strafbare Handlungen betreffen, handeln die Staatsanwälte der Bezirksgerichte und ihre Assistenten ausschließlich auf Anweisung des Staatsanwaltes der Appellationskammer.

33

Nachdem der Staatsanwalt der Appellationskammer zu der Ansicht gelangt ist, daß die Umstände des Prozesses betreffend einer unter dem vorliegenden Gesetz strafbaren Handlung im Laufe der Ermittlung hinreichend aufgeklärt wur-

den, schreibt er eine Anklageschrift und übergibt den Prozeß an die Appellationskammer.

34

Nachdem die Appellationskammer aufgrund der vom Staatsanwalt übergebenen Akte den Prozeß eingeleitet hat, stellt sie die Tätigkeit der in Paragraph 24 des vorliegenden Gesetzes bezeichneten Organisation ein und widerruft die Publikationserlaubnis für die in Paragraph 25 des vorliegenden Gesetzes bezeichnete Druckschrift.

35

Die in Paragraph 24 des vorliegenden Gesetzes bezeichnete Organisation hat während der Ermittlung, während des anberaumten Verhörs und vor Gericht dieselben Rechte innerhalb der Prozeßordnung wie ein Angeklagter. Die Organisation nimmt diese Rechte durch ihren Vertreter wahr.

36

In den Prozessen betreffend unter dem vorliegenden Gesetz strafbare Handlungen werden die für die Handlungen des Staatsanwalts, des Gerichts, des Angeklagten, des Zivilklägers und des Pflichtverteidigers festgesetzten Fristen verkürzt, die jeweils drei Tage überschreiten: Fristen von einer Woche werden auf drei Tage verkürzt, die übrigen Fristen werden um die Hälfte verkürzt.

37

Das vorliegende Gesetz ergänzt die bereits bestehenden Gesetze, die strafbare Handlungen gegen die Sicherheit des Staates betreffen.

38

Das vorliegende Gesetz tritt mit dem Tag seiner Verkündung in Kraft.

A.Smetona
Präsident der Republik

J.Tubelis
Ministerpräsident